


Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 1 / MÄRZ 2010
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch



Wasser
Umkämpft, ungleich verteilt
und übernutzt

**Moldau: Wie die Minderheit
die Mehrheit stützt**

**Was geschieht, wenn die Entwicklungs-
zusammenarbeit in einem Land zu Ende geht?**

DOSSIER



WASSER

Alle brauchen Wasser, viele haben keines

Immer mehr Menschen teilen sich eine konstant bleibende Menge Wasser

6

«Wir arbeiten Hand in Hand»

In Sachen Wasser verfügt die Schweiz über viel Know-how, dementsprechend stark tritt sie auch international für das Thema ein

10

140 Liter Wasser für eine Tasse Kaffee

Im Rahmen eines Pilotprojekts in Kolumbien bemühen sich multinationale Konzerne, auf allen Produktionsstufen Wasser einzusparen

12

Gerechter verteilt, heisst weniger Konflikte

Mit Hilfe der Schweiz soll in der Kornkammer Zentralasiens eine effiziente und gerechte Wasserverteilung sichergestellt werden

14

Viele massakriert, wenige verurteilt

Eine Zwischenbilanz des internationalen Strafgerichtshofs zum Genozid in Ruanda

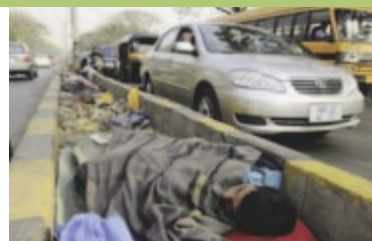
22

Vernetzter, jünger und weiblicher forschen

Mit Schweizer Unterstützung soll an den Hochschulen im Westbalkan zeitgemässer geforscht und unterrichtet werden

24

FORUM



Wenn die Zusammenarbeit zu Ende geht

Was passiert, wenn sich die Schweiz aus Schwerpunktländern ihrer Entwicklungszusammenarbeit zurückzieht?

26

«Friede beginnt dort, wo zusammengearbeitet wird»

Ekrem Çitaku aus Kosovos Hauptstadt Pristina über den Weg zum Frieden mit Hilfe der Medien

29

HORIZONTE



Unscheinbare Perle im Armenhaus Europas

In der Republik Moldau leben 28 offiziell anerkannte Minoritäten, was die Identitätssuche der jungen Nation nicht einfacher gestaltet

16

Endlich protestieren sie

Denis Cenusa über den Graben zwischen Regierenden und Bürgern in seiner Heimat Moldau

20

KULTUR



Die Tataren kehren zurück

Viele einst deportierte Krimtataren kehren in ihre alte Heimat zurück, was die autonome Republik Krim auf eine harte Probe stellt

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Wissensmanagement?	25
Service	33
Impressum	35

DEZA

Entwicklungspolitik ist mehr als Entwicklungshilfe

Martin Dahinden, Direktor der DEZA, über Kritik und Lob von der OECD für die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit

21

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Wenn wir sorgfältig damit umgehen...

Über 70 Prozent der Erdoberfläche sind von Wasser bedeckt. Die gesamten Wasservorkommen der Erde belaufen sich auf rund 1,386 Milliarden Kubikkilometer – 3,5 Prozent davon sind Süsswasser, und davon wiederum kann nur ein kleiner Teil als Trinkwasser genutzt werden.

Die Wissenschaftler sind sich darin einig, dass dieses Wasser für alle Menschen dieser Welt reicht – wenn wir sorgfältig damit umgehen.

Tatsache ist jedoch, dass diese lebenswichtige Ressource in vielen Weltgegenden übernutzt wird und andere Regionen deshalb zu wenig davon haben. Bereits leiden 43 Länder unter «Wasserstress», das heisst, die Nachfrage nach Wasser ist grösser als das vorhandene Angebot.

Weltweit haben rund 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Sie müssen mit verschmutztem Wasser aus Tümpeln, Flüssen oder ungeschützten Brunnen vorlieb nehmen. Die zynische Konsequenz davon: Viele Slumbewohner in den Grossstädten müssen ihr Wasser bei privaten Kleinhändlern beziehen und bezahlen dafür den zwanzig- bis fünfzigfachen Preis von dem, was Haushalte bezahlen, die ans öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen sind!

Noch schlimmer ist die Situation bei der Abwasserentsorgung: 2,5 Milliarden Menschen leben ohne ordentliche Sanitäranlagen. Sie erledigen ihr Geschäft draussen, meist in notdürftigen Latrinen oder in Kübel. Logisch, dass diese Menschen hohen Gesundheitsrisiken ausgesetzt sind.

Die Weltgemeinschaft hat die Bedeutung des «Blauen Goldes» für die Menschheit längst erkannt. Allein bei der UNO befassen sich 26 Einheiten mit Fragen rund

ums Wasser, und es gibt wohl kein Land, das nicht über Wasserbehörden sowohl auf staatlicher, wie auf regionaler und lokaler Ebene verfügt.

Doch obschon sich alle darin einig sind, dass die Welt auf eine Wasserkrise zugeht, stellt Raymond Jost, Generalsekretär des Internationalen Wassersekretariats fest, dass es oft am politischen Willen fehlt, dieser Problematik die notwendige Priorität einzuräumen. Lesen Sie dazu unser Wasser-Dossier ab Seite 6.

Nur ein paar Autostunden von hier, in Kosovos Hauptstadt Pristina, lebt Ekrem Çitaku. Er wird für «Eine Welt» in diesem Jahr die Carte blanche schreiben. Der 32-jährige Zahnarzt und Radiodirektor ist in einer Gegend aufgewachsen, in der «Menschen schon in jungem Alter Zeugen jener Ereignisse wurden, welche die vergangenen Jahrzehnte in Südosteuropa prägten».

Doch trotz Krieg und trotz ungleich härterer Auswirkungen der Finanzkrise in Kosovo als wir sie hierzulande kennen, sagt er: «Wir können die Erfahrungen dieser Zeit nutzen, um Strukturen, Projekte und Verbindungen aufzubauen, die vor allem dazu dienen, menschliche Werte zu erlernen, Veränderungen zu akzeptieren und zu erkennen, wie notwendig die Unterstützung, Förderung und Pflege des gegenseitigen Respekts und des Friedens in diesem Teil Europas sind.» Dass dies für ihn nicht leere Worthülsen sind, lesen Sie in seiner ersten Kolumne auf Seite 29.

Die Redaktion



Sean Sprague/Still Pictures

Rauchen auf Kosten der eigenen Kinder

(bf) Die Wissenschaftler Steven Block und Patrick Webb von der Tufts University in Boston haben herausgefunden, dass in Entwicklungsländern die negativen Auswirkungen des Rauchens weit über die direkte Schädigung der Gesundheit hinausgehen. Die Forscher analysierten Daten von Menschen aus 33000 Haushalten in ländlichen Gebieten der indonesischen Insel Java, die fast alle unter der Armutsgrenze leben. Dabei stellten sie fest, dass die Ausgaben für Zigarettenkonsum zu Einsparungen bei Nahrungsmitteln führen und die Leidtragenden die Kinder sind. Dies konnten die Forscher anhand der Körpergrösse beweisen, die ein allgemein anerkannter Indikator für Ernährung ist. Bei Kindern aus Raucherfamilien verzögert sich das Wachstum, sie sind im Durchschnitt kleiner als Alterskollegen aus Nichtraucherfamilien. Zudem verwenden Raucherfamilien einen grösseren Anteil ihres ohnehin bescheidenen Budgets für Reis und einen kleineren für Fleisch, Obst und Gemüse, die nährstoffreicher, aber teurer sind. Die Ausgaben für Zigaretten haben somit zur Folge, dass nicht nur weniger, sondern auch qualitativ schlechtere Nahrung gekauft wird.

www.tufts.edu

Kondome gegen Klimawandel

(gn) Je grösser das Bevölkerungswachstum, desto schwieriger wird es, die Menschen ausreichend zu ernähren. Zu diesem Schluss kommen auch 37 von 40 Entwicklungsländer, die im Rahmen einer WHO-Studie zu Klimawandel und Bevölkerungsentwicklung konsultiert worden sind. Doch nur sechs Länder ziehen die entsprechende Konsequenz und intensivieren ihr Engagement in Familienplanung und Verhütung. Unter ihnen Äthiopien, wo im Jahr 2005 ein grosses Projekt lanciert worden ist, das zum Ziel hat, Umwelt und Bevölkerungsentwicklung in ein Gleichgewicht zu bringen: Hand in Hand mit der Verbesserung des Bodens und einer daraus resultierenden Produktivitätssteigerung geht der Ausbau eines Angebots für Familienplanung, inklusive Zugang zu Verhütungsmitteln. Das Projekt zeige, so die Studie, dass Verbesserungen im Umwelt-Management auf lange Sicht hinaus nachhaltig wirkten, wenn sie nicht durch Bevölkerungszunahme untergraben würden.

www.newscientist.com

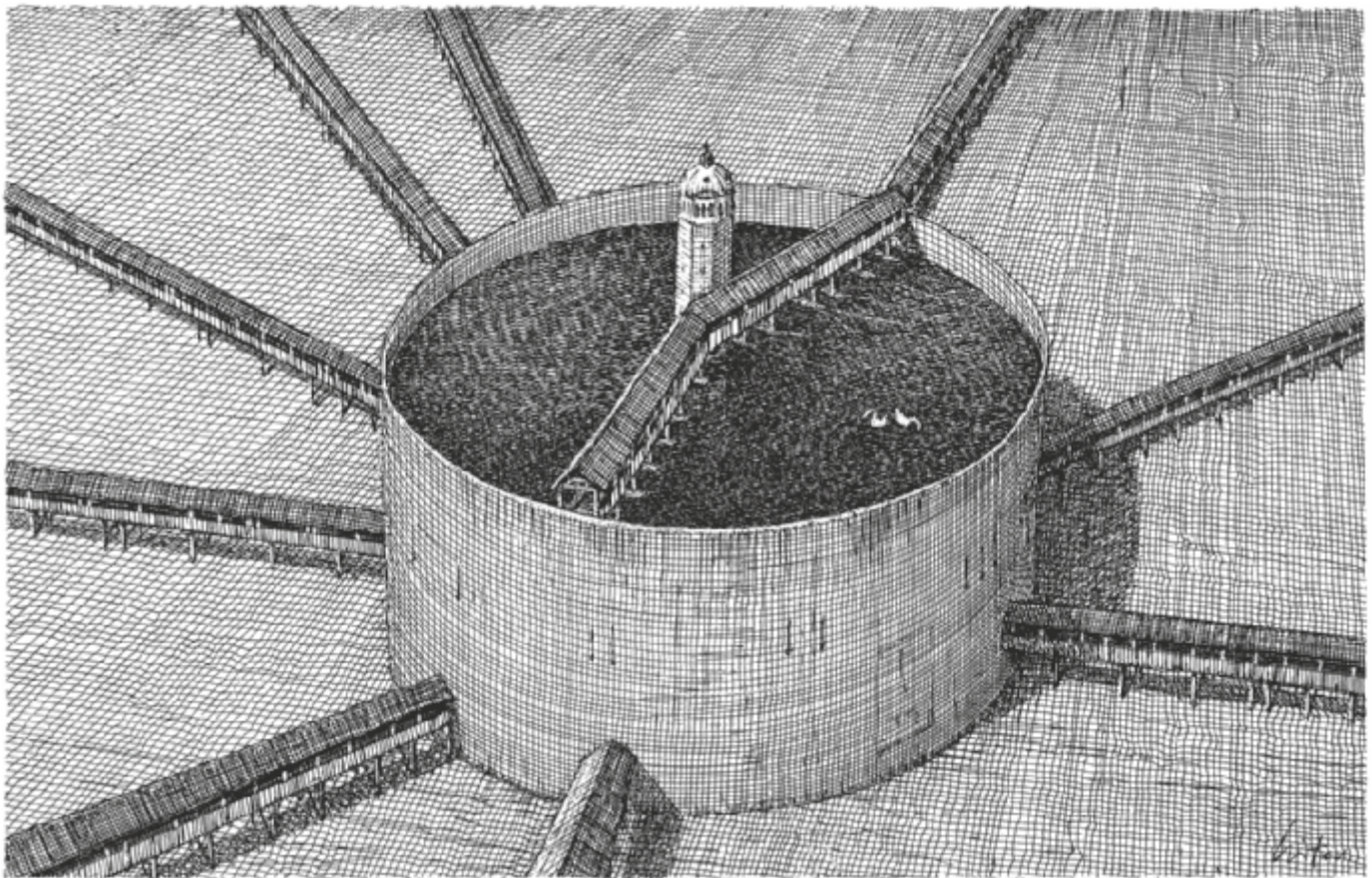
Wetterbericht von und für Bauern

(jls) Wegen der Klimaerwärmung beginnt die Regenzeit in

Mali später und dauert weniger lang als früher. Dies hat grosse Umstellungen für die Landwirtschaft zur Folge. Um den günstigsten Zeitpunkt zum Säen, Düngen, Jäten oder Ernten zu bestimmen, stützen sich die Bauern nun auf Empfehlungen ab, die der nationale Wetterdienst über Radio und Fernsehen verbreitet. In Zusammenarbeit mit einem Netz von Landwirten, bietet der Dienst seit 1996 Sendungen zur Unterstützung der Landbevölkerung an. Für die Erhebung der Niederschlagsmengen auf den Feldern wurden deshalb rund 1700 «Kontaktbauern» ausgebildet. Nach Niederschlägen messen sie jeweils deren Umfang und leiten die Daten an den Wetterdienst weiter. Dort erarbeitet eine interdisziplinäre Gruppe Empfehlungen, beispielsweise für die günstigsten Aussaatdaten der verschiedenen Getreidesorten. Dank diesem Programm haben sich die Hirseerträge verdoppelt bis fast verdreifacht. Das bedeutet nicht nur mehr Einkommen für die



Sven Torfinn/laif



Tauschgeschäfte

Bauern, sondern auch eine verbesserte Ernährungssicherheit.

Federleichte Batterie

(bf) Anstelle einer Plage könnte die Cladophora-Alge in Zukunft – insbesondere für Entwicklungsländer – ein willkommener Rohstoff sein. Forscher am Ångström Laboratory der Universität Uppsala (Schweden) haben aus der ungewöhnlichen Nanostruktur der Algen-Zellulose ein völlig neues Elektrodenmaterial entwickelt, welches die Basis für besonders umweltfreundliche Akkus bildet. Die damit hergestellte Batterie wiegt fast nichts und setzt neue Rekorde in Sachen Ladegeschwindigkeit und Kapazität bei derartigen Batterien. «Sie bestehen hauptsächlich aus Papier und Salzwasser und könnten mit einem ausreichend starken Mixer theoretisch zuhause in

der Küche hergestellt werden», sagt Maria Strömme, Professorin für Nanotechnologie. Das grösste Potenzial der Batterie sieht sie denn auch in ihrer einfachen Herstellung, «was eine Produktion vor Ort in Entwicklungsländern ermöglicht». Die Wissenschaftlerin denkt jedoch bereits weiter: «Versuchen Sie sich vorzustellen, was man alles schaffen kann, wenn eine Batterie in Tapeten, Kleidung, Medikamentenpackungen und mehr integriert werden kann.» www.angstrom.uu.se/eng

Gebremste Überfischung

(bf) Es besteht Hoffnung, dass die Menschheit auch in Zukunft Fisch essen wird. Zu diesem Schluss kommt ein internationales Expertenteam, das von der US-Behörde National Marine Fisheries Service koordiniert wurde. In zweijähriger For-

schung fanden die Wissenschaftler Nachweise dafür, dass Massnahmen gegen die in vielen Meeresteilen bereits erfolgte Überfischung Erfolg haben. Euphorie ist dennoch fehl am Platz. Bei 63 Prozent der untersuchten Fischbestände weltweit sind noch immer drastische Massnahmen wie eine Reduzierung des Fangs notwendig, um das drohende Aussterben von besonders verletzlichen Arten zu verhindern. «Zudem», so der österreichische WWF-Fischereiexperte Georg Scattolin, «geschieht 60 bis 70 Prozent der weltweiten Fischerei in Entwicklungsländern, wo es noch wenig Schutzmassnahmen gibt. Mitverantwortlich dafür sind auch die europäischen Länder, die nach dem sukzessiven Leerfischen von Mittelmeer und Nordsee nun zunehmend vor der Küste tropischer Länder

des Südens fangen, teilweise mit Flotten der Entwicklungsländer.» www.nefsc.noaa.gov



© Blesphoto/Halleux, Dominique/Still Pictures



In Mali müssen die Menschen wegen der Dürre das Wasser kilometerweit nachhause tragen während es in Bangladesch zwar mehr als genug Wasser gibt, viele Menschen aber keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben



Alle brauchen Wasser, viele haben keines

Immer mehr Menschen teilen sich eine weltweit konstant bleibende Menge Wasser. Doch das kostbare Gut wird wegen Übernutzung und unsachgemässer Verwaltung zunehmend knapp. Und noch immer sterben jährlich 1,8 Millionen Menschen in Entwicklungsländern, weil sie keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Anlagen haben. Von Jane-Lise Schneeberger.

Die Zeiten sind endgültig vorbei, als die Menschen in Mali zu Zauberritualen griffen oder ein Huhn opferten, wenn sie sich Regen wünschten. Türmen sich heute Wolken am Horizont, schickt der Wetterdienst ein Flugzeug los, um sie zu «impfen»: Es zerstäubt eine chemische Substanz, die den Niederschlag auslöst. Mit dieser Technik lässt sich zwar die eine oder andere Ernte retten, doch angesichts der dramatischen Folgen des Klimawandels, wirkt sie hilflos. Bereits leiden 43 Länder unter «Wasserstress», oder konkret: Die Nachfrage nach Wasser ist grösser als das vorhandene Angebot.

Weniger Wasser, verschärftes Konfliktpotenzial

Der Klimawandel bringt den Wasserzyklus durcheinander. In den trockenen Regionen regnet es weniger, in den feuchten dagegen mehr. Stürme, Trockenheit und andere Extremereignisse treten häufiger auf. Zwar verschärft die globale Erwärmung den Wassermangel, doch sie ist nicht deren wichtigste Ursache.

Das Problem liegt bei den übernutzten Ressourcen. Um die Nachfrage nach Nahrungsmitteln zu befriedigen, die mit der Bevölkerungsentwicklung steigt, verschlingt allein die Landwirtschaft 70 Prozent des weltweit verfügbaren Wassers. Die Wasserentnahme durch die Industrie macht 20 Prozent des Verbrauchs aus und nimmt ebenfalls zu. Die restlichen 10 Prozent decken den Bedarf der Haushalte.

In zahlreichen Regionen der Welt sinken Strom- und Grundwasserpegel bedrohlich. «Oft wird viel mehr Wasser gepumpt, als der natürliche Zyklus bereitstellen kann. Und wenn wir der Natur das Wasser wieder überlassen, ist es verschmutzt», sagt Raymond Jost, Generalsekretär des Internationalen Wassersekretariats. Weil die Flüsse, insbesondere durch Pflanzenschutzmittel, stark verschmutzt sind, wird das Wasser im Unterlauf ungeniessbar,

was den Mangel zusätzlich verschlimmert.

Ist jedoch weniger Wasser vorhanden, verschärft sich die Konkurrenz unter den verschiedenen Nutzern. Ausserdem steigt die Spannung zwischen Staaten, die das Wasser eines Sees, Flusses oder Grundwasservorkommens miteinander teilen müssen. Seit jeher bestanden denn auch Differenzen und gab es Auseinandersetzungen zwischen Ländern, die den Oberlauf eines Stroms kontrollieren, und Ländern am Unterlauf. Ganz besonders gilt dies für Zentralasien (siehe Seite 14).

Arme zahlen mehr als Reiche

In den Entwicklungsländern widerspiegelt die Verteilung des Trinkwassers für Haushalte oft starke soziale Ungleichheiten. Denn trotz beachtlicher Fortschritte haben noch immer rund 900 Millionen Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Die meisten von ihnen sind arm und leben auf dem Land. Sie müssen mit verschmutztem Wasser aus Tümpeln, Flüssen oder ungeschützten Brunnen vorlieb nehmen.

Von den Menschen mit Trinkwasserzugang verfügt bloss die Hälfte über einen Wasserhahn zu Hause. In den Städten des Südens decken die Verteilnetze oft bloss das Zentrum und die besseren Quartiere ab. Slumbewohner versorgen sich bei privaten Kleinhändlern mit Wasser und bezahlen das zwanzig- bis fünfzigfache der ans öffentliche Netz angeschlossenen Haushalte. Grund dafür sind unter anderem die hohen Verteilkosten.

Noch schlimmer ist es um die Abwasserentsorgung bestellt. 2,5 Milliarden Menschen leben ohne ordentliche Sanitäranlagen. Auf dem Land wird das Geschäft einfach draussen, auf Kübeln oder in notdürftigen Latrinen erledigt. In den Städten bestehen zwar in vielen Haushalten Sickergruben, aber der Bodensatz wird im Niemandsland ausgebracht oder gelangt in einen Fluss. Dies setzt die Bevölkerung hohen Gesundheitsrisiken aus. «Ein

Alle 20 Sekunden stirbt ein Kind

Jahr für Jahr landen 200 Millionen Tonnen menschlicher Fäkalien in der freien Natur und verseuchen die Trinkwasserquellen. Sie wimmeln von Viren und Bakterien, die schwere Durchfallerkrankungen wie Cholera, Ruhr oder Typhus auslösen. Jährlich fallen ihnen 1,8 Millionen Menschen zum Opfer, hauptsächlich Kinder unter fünf Jahren – alle 20 Sekunden stirbt eines daran. Auch andere Krankheiten sind mit der Wasserproblematik verbunden. So werden Malaria, Denguefieber oder Onchozerkose durch die Stiche von Insekten übertragen, die sich in stehenden Gewässern vermehren. Bilharziose wird von einer Larve aus verschmutzten Gewässern übertragen, die sich beispielsweise beim Baden in die Haut bohrt. Das Trachom, eine bakterielle Augeninfektion, verbreitet sich vor allem dort, wo man sich nicht regelmässig Hände und Gesicht waschen kann.



Jeremy Hartley / Panos / Statos



In Burkina Faso (oben links) werden mit Schweizer Beteiligung angepasste Technologien für eine kostengünstige Wasserbewirtschaftung und gegen Erosion entwickelt und bereitgestellt

Langer Weg zum Menschenrecht

Das Recht auf Wasser taucht in verschiedenen internationalen Verträgen auf – zahlreiche Länder halten es in ihrer Verfassung fest. Trotzdem dauerte es Jahrzehnte, bis es den Status eines Menschenrechts erhielt. Die UNO bekräftigte 2002 in einer allgemeinen Betrachtung, dass das Recht auf Wasser gemäss Internationalem Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus dem Jahr 1966 implizit geschützt wird, insofern dieser Text das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard anerkennt. Allerdings hat diese Interpretation nicht zwingenden Charakter. Und manche Staaten befürchten immer noch, die offizielle Anerkennung des Rechts auf Wasserbürde ihnen unerfüllbare Verpflichtungen auf. Zurzeit wird zudem darüber diskutiert, ob Abwasserentsorgung einem speziellen Recht entspreche oder aus dem Recht auf Wasser abzuleiten sei.

Es fehlt an politischem Willen

Eines der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) zielt darauf ab, bis 2015 den Anteil der Weltbevölkerung ohne Zugang zu Wasser und Abwasserentsorgung zu halbieren. Wahrscheinlich wird dieses Ziel beim Trinkwasser überall ausser in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara erreicht. Doch bei der Abwasserentsorgung werden nur wenige Regionen das gesetzte Ziel erreichen. Die Wasserpolitik hat diesen Bereich immer vernachlässigt. «Geldgeber und Behörden in den Ländern des Südens setzten zu oft auf Wasserzuleitungsprojekte, zulasten der Fäkalien- und Abwasserentsorgung, einer komplexeren und wenig attraktiven

Materie», sagt Thomas Zeller, stellvertretender Leiter der Sektion Wasser-Initiativen.

Die Verwirklichung dieses MDG verzögert sich nicht etwa aufgrund fehlender technischer Mittel. Wie Netze gebaut werden oder etwa Abwasser hygienisch abgeleitet, gereinigt und rezykliert wird, ist bekannt. In Zusammenarbeit mit Schweizer Hochschulen hat das Regionale Zentrum für kostengünstige Wasserwirtschaft (Crepa) in Ouagadougou verschiedene preiswerte und speziell auf den afrikanischen Kontext zugeschnittene Technologien bereitgestellt. Dessen Leiter, Cheick Tidianie Tandia, verweist jedoch auf zwei hohe Hürden: «Im Rahmen der Dezentralisierung haben die Staaten die Wasserver- und -entsorgung an die Gemeinden delegiert, jedoch ohne die entsprechenden Finanzen zur Verfügung zu stellen. Zudem sind die lokalen Abgeordneten kaum je imstand, Sanierungspläne zu erstellen und deren Umsetzung zu überwachen.» Dieselben Probleme



Redux / lat



Helio Meyer / lat



Tomas Munta/laf



Grabka/laf

Fließendes Wasser aus dem Hahn und sanitäre Anlagen sind in vielen Weltgegenden keine Selbstverständlichkeit, so etwa in Indien und Burkina Faso (oben) oder Haiti und Mexiko (unten)

kennen weltweit auch viele andere Regionen. Raymond Jost beklagt jedoch auch fehlenden politischen Willen: «Für die Behörden im Süden steht Wasser in der Prioritätenliste bloss an fünfter oder sechster Stelle, nach der Mobiltelefonie, den Strassen, der Armee... Ich verstehe nicht, weshalb ein so grundlegendes Bedürfnis nicht ganz zuoberst steht.» Auch die Geldgeber machen sich für das Wasser nicht stark genug: Nur acht Prozent der internationalen Hilfe fliesst in diesen Bereich.

Recht auf Wasser für alle

Die internationalen Organisationen gehen davon aus, dass die Wasserkrise im Wesentlichen eine Regelungskrise ist. Sie empfehlen, grundlegenden Prinzipien nachzuleben. Eines davon ist das «integrale Wasserressourcen-Management». Es beruht darauf, den Bedarf aller Nutzerkategorien inklusive der Wasserökosysteme zu berücksichtigen. Denn oft macht man sich bloss über Landwirtschaft, Industrie und Energieproduktion Gedanken. Ein anderes Prinzip sieht vor, dass alle Akteure in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. «Die Herausforderungen im Zusammenhang mit Wasser erfordern nicht bloss die Mobilisierung der öffentlichen Hand, sondern auch des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der Geldgeber», betont François Münger. «Die verschiedenen Parteien müssen in einen transparenten Dialog treten und sich auf dieselben Werte einigen, das Recht auf Wasser zum Beispiel.»

Da Wasser ein öffentliches Gut ist, muss der Staat eine gerechte Verteilung garantieren. «Eine Regulierungsbehörde zur Überwachung der Aktivitäten

privater und öffentlicher Unternehmen, denen die lokalen Verwaltungen ihr Wassermanagement anvertrauen, ist unabdingbar», unterstreicht Johan Gély vom Ressort Infrastrukturfinanzierungen des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO. «Zwar verfügen diese Unternehmen über den Sachverstand und das Know-how, das den Gemeindeverwaltungen oft fehlt. Rentabilitätsvorgaben können sie jedoch dazu verleiten, Investitionen zu vernachlässigen und die Tarife zu erhöhen.»

Gott schenkt Wasser, aber keine Leitungen

Wasserpolitik zielt ins Leere, wenn die Bevölkerung nicht mitmacht. Deshalb müssen die Nutzerinnen und Nutzer zwingend daran beteiligt werden, und die Tarifstruktur muss ihnen verständlich sein. «Viele Leute glauben, Wasser sei eine Gabe Gottes und deshalb gratis. Man muss ihnen erklären, dass sie nicht das Wasser an sich kaufen, sondern Fassung, Transport und Aufbereitung», sagt Johan Gély.

Gemäss internationalen Organisationen sollten Haushalte nicht mehr als drei bis fünf Prozent ihres Einkommens für den Wasserbezug aufwenden. In den Slums liegt diese Quote nicht selten bei über zehn Prozent. ■

(Aus dem Französischen)

Wasserwelten

Bei den Vereinten Nationen befassen sich 26 Einheiten mit Fragen rund ums Wasser. Um diese zu koordinieren und den Austausch mit externen Partnern zu erleichtern, wurde die Plattform UN-Water eingerichtet. Unter den zahlreichen internationalen Akteuren gibt es fünf ganz Grosse: Der Weltwasserrat in Marseille umfasst 500 öffentliche und private Mitgliedsinstitutionen; der Water Supply and Sanitation Collaborative Council in Genf hat insbesondere einen weltweiten Abwasserentsorgungsfonds ins Leben gerufen; die Globale Wasserpartnerschaft in Stockholm setzt sich für eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen ein; das Wasser- und Abwasserprogramm wurde vor 30 Jahren von der Weltbank lanciert; das Internationale Wassersekretariat in Montreal schliesslich positioniert sich als Bürgerstimme bezüglich Wasser.

Korruptionsanfällig

Der Umgang mit Wasser ist, genauso wie andere Sektoren mit hohem Investitionsbedarf, besonders korruptionsanfällig. Vom einfachen Bürger, der Schmiergeld locker machen muss, um ans öffentliche Netz angeschlossen zu werden, bis zum multinationalen Konzern, der einen Minister besticht, um an einen Auftrag der öffentlichen Hand zu gelangen, ist Korruption auf allen Ebenen und in allen Bereichen gang und gäbe. Schmiergelder verteuern die Anschlüsse ans Trink- und Abwassernetz um bis zu 30 Prozent. Korruption ist auch bei Bewässerungssystemen oder Wasserkraftwerken weit verbreitet. Zur Bekämpfung dieser Plage wurde 2006 das Water Integrity Network gegründet. Seine Aufgabe ist es, einen internationalen Verhaltenskodex zu erarbeiten und zu fördern.

«Wir arbeiten Hand in Hand»

Die Schweiz verfügt in Sachen Wasser über viel Know-how und räumt dem Thema deshalb in der Entwicklungshilfe Priorität ein. Auf internationaler Ebene plädiert sie für eine nachhaltige und gerechte Nutzung dieser Ressource. In multilateralen Organisationen und Foren sprechen die fünf beteiligten Bundesämter mit einer Stimme.

(jls) Schon in den 1960er-Jahren bohrten erste Schweizer Entwicklungshelfer Brunnen, installierten Pumpen und hoben Sickergruben aus, um Dörfer des Südens zu erschliessen. Mit der Zeit änderte sich der Ansatz. Heute führen Entwicklungsprojekte über technischen Beistand hinaus. Sie sind ausgerichtet auf nachhaltige Infrastrukturen, Ressourcenmanagement auf lokaler Ebene, Beteiligung der Nutzer, Ausbildung der Akteure vor Ort und Entwicklung einer überregionalen Wasserpolitik.

Für die beiden mit Entwicklungszusammenarbeit betrauten Bundesämter ist der Wassersektor von zentraler Bedeutung und ihre Aktivitäten ergänzen sich. Die DEZA teilt ihm rund 90 Millionen Franken pro Jahr zu (10 Prozent ihres Budgets), das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) gegen 20 Millionen (7 Prozent).

Solidarische Gemeinden

Schweizer Gemeinden engagieren sich für Städte und Dörfer des Südens, die beim Bauen oder Managen ihrer Wasserwerke Hilfe benötigen. Auf der von Wasserversorgungen und DEZA gemeinsam lancierten Internetplattform Solidarit'eau Suisse werden Projekte vorgestellt, die zur Finanzierung bereitstehen. Von diesen Projekten können die Gemeinden eines auswählen, das sie unterstützen wollen. So hat Münsingen/BE das Bohren und Ausrüsten von Brunnen in zehn madagassischen Dörfern finanziert. Gommiswald/SG und Frauenfeld/TG unterstützen Bau und Renovation der Brunnen von 22 Dörfern in Guinea-Bissau. Sechs Stadtverwaltungen aus der Romandie, darunter Freiburg und Lausanne, haben eine Public-Public-Partnerschaft mit Nouakchott gegründet, damit die Hauptstadt von Mauretanien ihre Armenviertel besser mit Wasser versorgen kann. www.solidariteausuisse.ch

Toiletten für 10 Dollar

Die DEZA ist vor allem auf dem Land und in Kleinstädten aktiv. Zurzeit betreut sie 170 Projekte zur Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung oder Nahrungsmittelproduktion. In diesem letzten Bereich zielen die Interventionen darauf ab, die landwirtschaftliche Praxis zu verbessern und die Ökosysteme zu erhalten. Mehrere Projekte befassen sich mit dem Aufbau von Tropfenbewässerungssystemen im kleinen Rahmen. In Nepal wird das von der Schweiz getestete Modell von der Weltbank übernommen und auf grössere Flächen ausgedehnt.

Im Bereich der Abwasserentsorgung hat die DEZA ihre Aktivitäten seit 2005 kontinuierlich ausgebaut. In Bangladesch beteiligte sie sich an der Finanzierung einer sogenannten Totalsanierungskampagne. Überall im Land wurde die Bevölkerung für die Probleme sensibilisiert, die sich beim Erledigen des Geschäfts unter freiem Himmel ergeben. Parallel dazu wurde die Entstehung eines privaten Sektors unterstützt, der die Nachfrage nach kostengünstigen Latrinen abdecken kann. Nun stellen rund 6000 Werkstätten in ländlichen Gebieten Toiletten zu zehn Dollar her. Dieser Ansatz wurde von mehreren anderen Ländern des Südens aufgenommen.



Dirk Kruel/lat

Während sich die offizielle Schweiz oftmals für weitreichende Infrastrukturprojekte wie etwa Abwasserentsorgung oder den Bau von Latrinen in Bangladesch einsetzt, engagieren sich einzelne Schweizer Gemeinden lokal, so etwa Münsingen/BE beim Bau und Ausrüsten von Brunnen in Madagaskar

Industrie und Tourismus freuts

Das SECO dagegen konzentriert sich auf die grossen Städte. Es finanziert die Sanierung oder den Bau von Trink- und Abwasserinfrastrukturen. Ausserdem beteiligt es sich daran, die finanzielle und technische Leistungsfähigkeit städtischer Wasserwerke zu verbessern. Sein Ziel ist, die Partnerländer bei der Integration in die Weltwirtschaft zu unterstützen. «Zugang zu sauberem Wasser fördert die Entwicklung von Industrie und Handel. Waren lassen sich besser exportieren, wenn sie internationalen Qualitäts- und Hygienestandards genügen», bemerkt Guy Bonvin vom Ressort Infrastrukturfinanzierung des SECO.

Auch auf den Tourismus könne sich die Wasserversorgung auswirken, ergänzt er und nennt als Beispiele die Städte Bucharu und Samarkand in Usbekistan. Schon nach ersten Arbeiten an den städtischen Verteilnetzen habe sich die Wasserqualität in

den Hotelzimmern spürbar verbessert, was dem Ruf der beiden historischen Städte unter den zahlreichen ausländischen Gästen wohl bekommen sei.

Ohne Wälder kein sauberes Wasser

Die Schweiz ist auch in multilateralen Organisationen, Netzwerken und Foren sehr aktiv. Sie ist darum bemüht, in ihren Augen entscheidende Themen wie Abwasserentsorgung oder integrales

Vermont von der Sektion Globales des BAFU. Das Bundesamt für Gesundheit arbeitet vor allem an der Umsetzung des UN-Protokolls über Wasser und Gesundheit (CEE), einem Übereinkommen zur Bekämpfung wasserbedingter Krankheiten durch bessere Wasserbewirtschaftung. Das Bundesamt für Landwirtschaft schliesslich beteiligt sich an der Debatte über zwei Schlüsselthemen: Wie lassen sich mit weniger Wasser mehr Nahrungs-



mittel produzieren, und wie kann man der Verschmutzung durch Dünge- und Pflanzenschutzmittel entgegenwirken?

Fünf Ämter, eine Stimme

Die Aktivitäten dieser verschiedenen Akteure der Bundesverwaltung werden eng koordiniert. Sie beraten sich im departementsübergreifenden Ausschuss zur nachhaltigen Entwicklung im Sektor Wasser und erarbeiten gemeinsame Stellungnahmen. «Wir sind uns weitgehend einig und arbeiten Hand in Hand. Jedes Amt weiss genau, womit die andern beschäftigt sind und kennt ihr Programm», sagt Sibylle Vermont nicht ohne Stolz. «Dank dieser einzigartigen Zusammenarbeit produzieren wir nicht bloss politische Stellungnahmen, sondern setzen diese vor Ort auch um.» So realisiert die DEZA etwa verschiedene Projekte zur Abgeltung von Ökosystemdienstleistungen im Zusammenhang mit Wassermanagement in Lateinamerika. In Moldau unterstützt sie die Behörden darin, die Anforderungen des CEE-Protokolls zu erfüllen. ■

(Aus dem Französischen)

Hohe Kapitalrendite

Jeder in ein Trink- oder Abwasserprojekt investierte Franken generiert einen Nutzen im Wert von drei bis fünf Franken, wenn vermiedene Auslagen und Produktivitätsgewinn mit eingerechnet werden. Dies zeigt eine Analyse der DEZA-Projekte im Bereich Wasser. Ist ein Dorf erst einmal mit Trinkwasser erschlossen, müssen die Frauen dafür keine langen Wege mehr auf sich nehmen. Sie sparen Kraft und Zeit, die sie zur Erwerbsarbeit oder für Kindererziehung einsetzen können. Ausserdem sinkt beim Konsum von sauberem Wasser die Häufigkeit von Durchfallerkrankungen beträchtlich. Die Familien geben weniger Geld für Medikamente aus. Die Dorfbewohner sind gesünder und deshalb produktiver, was sich in einem höheren Einkommen niederschlägt.

Wasserressourcen-Management auf die Weltagenda zu setzen.

Neben der DEZA und dem SECO beteiligen sich drei weitere Bundesstellen am internationalen Dialog. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) engagiert sich insbesondere gegen die Schädigung der Ökosysteme. «Bevor das Wasser in Flüsse und Seen gelangt, fliesst es durch Böden, Wälder und Feuchtgebiete. Diese Ökosysteme müssen erhalten bleiben, damit am Unterlauf regelmässig genug sauberes Wasser zur Verfügung steht», sagt Sibylle

140 Liter Wasser für eine Tasse Kaffee

Konsumgüter zu produzieren erfordert enorme Mengen Wasser. Zudem werden die Waren nicht selten aus sehr trockenen oder wüstenähnlichen Ländern importiert. Im Rahmen eines von der DEZA in Kolumbien gestarteten Pilotprojekts bemühen sich fünf multinationale Konzerne aus der Schweiz, auf allen Produktionsstufen Wasser einzusparen.



Jeremy Horner/Paros/Strates

(jls) Schweizerinnen und Schweizer verbrauchen täglich durchschnittlich 160 Liter Wasser zum Kochen, Toilettenspülen, Duschen, Waschen, Rasensprengen usw. Eine beträchtliche Menge, wenn man bedenkt, dass ein Sahelbewohner während der Trockenzeit mit weniger als fünf Litern pro Tag auskommt; gleichzeitig jedoch nur ein Tropfen im Vergleich zu den astronomischen Wassermengen, die zur Produktion von Nahrungsmitteln, Kleidern und praktisch allen Alltagsgegenständen benötigt werden.

Grosser Durst auf «virtuelles Wasser»

Besonders viel verstecktes oder «virtuelles Wasser» fliesst im Nahrungsmittelbereich. Um ein Kilo

Rindfleisch zu produzieren, werden beispielsweise 16 000 Liter Wasser benötigt. Darin inbegriffen ist die Gesamtwassermenge für Getreide- und Futtermittelproduktion, zum Tränken und zur Haltung des Tiers während dreier Jahre. Getreide allein verbraucht weniger, doch für ein Kilo Weizen werden immerhin 1500, für ein Kilo Reis 5000 Liter Wasser eingesetzt. Auch die Industrieproduktion kommt nicht ohne Wasser aus: 400 000 Liter stecken in einem Auto, 8000 in einem Paar Schuhe und 2000 in einem Baumwoll-T-Shirt.

Viele dieser Güter werden im Ausland produziert, oft in Weltregionen, die bereits unter Wasserstress leiden oder Gefahr laufen, in den kommenden Jahrzehnten damit konfrontiert zu werden. Sobald

wir den Ländern des Südens Reis, Baumwolle, Kaffee, Früchte oder aber Getreide zum Mästen unserer Rinder abkaufen, importieren wir das Wasser, das zum Anbau der Güter eingesetzt wurde, virtuell mit. Der Welthandel geht einher mit gigantischen, aber unsichtbaren Wassertransfers. Mit einem neuen Indikator lassen sich die unter Berücksichtigung des virtuellen Wasserimports und -exports tatsächlich verbrauchten Mengen bestimmen.

Diesen sogenannten Wasser-Fussabdruck kann man für ein Produkt, ein Individuum, eine Stadt, ein Unternehmen oder ein Land berechnen (siehe Randspalte). Für die Schweiz beläuft sich dieser auf 1682 m³ pro Bewohner und Jahr, ganze 79 Prozent davon kommen aus dem Ausland. «Unser Komfort und unser Wohlergehen hängen vom Wasser der andern ab», sagt François Münger, Leiter der Sektion Wasser-Initiativen der DEZA. «Es ist in unserem Interesse, die Entwicklungsländer beim Management ihrer Ressourcen zu unterstützen.»

Optimiertes Wassermanagement

Ende 2009 hat die DEZA in Kolumbien ein Pilotprojekt lanciert, welches dieses neue Konzept umsetzt. Sie stellte ein Konsortium auf die Beine, in dem sechs multinationale Konzerne aus der Schweiz oder mit Schweizer Kapital vertreten sind: Nestlé, Syngenta, Holcim, Novartis, Clariant und Alpina. Sie alle haben sich verpflichtet, ihren Wasser-Fussabdruck dort wo sie arbeiten, zu reduzieren.

«Ihren fabrikinternen Verbrauch haben sie bereits rationalisiert, zum Beispiel indem sie Waschwasser recyceln. Die Herausforderung besteht nun darin, Verschwendung auszumerzen und den Wasserverbrauch in den Versorgungsketten zu optimieren», unterstreicht Thomas Zeller, stellvertretender Leiter der Sektion Wasser-Initiativen der DEZA. Zunächst analysieren die Unternehmen das Sparpotenzial. Sie setzen sich etwa mit den Methoden der Bauern auseinander, die ihnen das Rohmaterial liefern: Milch und Kaffeebohnen im Fall von Nestlé, Heilpflanzen bei Novartis, Saatgut für Syngenta, Kalk und Mergel, aus dem Holcim Zement herstellt, usw. Aufgrund dieser Analyse unterstützen die multinationalen Konzerne ihre Lieferanten beim Anpassen der Arbeitsmethoden.

Solidarisch mit der Landbevölkerung

Die sechs Partner der DEZA finanzieren ausserdem wasserrelevante Massnahmen im sozialen und im Umweltbereich. «Sie bekunden damit ihre Solidarität gegenüber der Bevölkerung vor Ort; Industrie und Dorfbewohner sind von derselben Ressource abhängig», hält François Münger fest.



Verschiedene in Kolumbien tätige Schweizer Unternehmen verpflichten sich, ihren Wasser-Fussabdruck zu reduzieren – unter anderem Nestlé bei der Produktion von Kaffee (links) und Syngenta bei der Produktion von Saatgut

Dabei mangelt es weder an Bedarf noch an Ideen: Unterstützen können die Firmen beispielsweise die Einrichtung von Toiletten in den Schulen, den Bau von Abwasserreinigungsanlagen in den Dörfern, die Aufbereitung des Trinkwassers oder Aufforstungsarbeiten, damit der Boden Wasser speichern kann und die Grundwasserspiegel steigen. Diese Aktionen werden mit dem Know-how der DEZA umgesetzt.

Zum ersten Mal arbeiten Unternehmen aus verschiedenen Industriesektoren gemeinsam an der Reduktion ihres Wasser-Fussabdrucks. Dieses bisher unbekannte Vorgehen wird von verschiedenen grossen Institutionen begleitet, darunter dem Weltwirtschaftsrat für Nachhaltige Entwicklung, in dem 170 internationale Gesellschaften vertreten sind. Die DEZA hofft, dass sich auch andere ausländische, in Kolumbien aktive Firmen von ihrem Projekt anregen lassen. Die sechs Schweizer Unternehmen könnten das Modell später in ihren anderen Filialen weltweit umsetzen. Ausserdem schlug die Schweiz 2009 vor, für den Wasser-Fussabdruck eine internationale Norm festzulegen. Der Vorschlag wurde von der Internationalen Organisation für Normung (ISO) aufgenommen. Der Prozess zur Erarbeitung der Norm soll von Quantis, einer auf Ökobilanzen spezialisierten Waadtländer Firma, geleitet werden. ■

(Aus dem Französischen)

Hoher Wasser-Fussabdruck für Fleischesser

Das Water Footprint Network (WFN) wurde 2008 gegründet, um den neuen Indikator zu entwickeln und zu verbreiten. Darin sind gegen 80 öffentliche und private internationale Akteure vertreten, die sich mit dem Bereich Wasser befassen, darunter auch die DEZA. Auf der WFN-Website ist der Wasser-Fussabdruck für jedes Land aufgeführt. Er ist insbesondere von den Ernährungsgewohnheiten der Bevölkerung abhängig. Besonders hoch ist er bei Nationen, die viel Fleisch essen. Die USA schlagen mit einem Wasser-Fussabdruck von 2483 m³ pro Bewohner und Jahr alle Rekorde. Am andern Ende der Liste finden sich Länder wie China (702 m³), Afghanistan (660), Botswana (623) oder Jemen (619). Auf der Website kann jeder seinen eigenen Wasser-Fussabdruck berechnen, d.h. die jährlich entweder direkt (im eigenen Haushalt) oder indirekt (virtuelles Wasser in den konsumierten Gütern) verbrauchte Wassermenge. www.waterfootprint.org

Gerechter verteilt, heisst weniger Konflikte

Im trockenen Fergana-Tal, der Kornkammer Zentralasiens, sind die Bauern auf Bewässerung angewiesen. Doch weil die Anrainer-Staaten sich um das kostbare Gut streiten, fliesst nur unregelmässig und zu wenig Wasser. Unterstützt von der Schweiz organisieren sich die Nutzer, um eine effiziente und gerechte Verteilung der Ressource sicherzustellen.



DEZA ©



Wasser für Städte und Felder

Beide Schweizer Akteure in der Entwicklungshilfe setzen im Fergana-Becken Wasserversorgungsprojekte um. Die DEZA ist auf dem Land aktiv, das SECO ist im wirtschaftlichen Zentrum Chudschand engagiert. Es finanziert die Sanierung und Erweiterung des Trinkwassernetzes, das unter dem Sowjetregime entstanden war und seit der Unabhängigkeit zusehends verlotterte. Nach den Arbeiten der ersten Projektphase verfügen nun rund 40 000 Personen zuhause über einen Wasserhahn. Am Ende der zurzeit laufenden zweiten Phase werden es 90 000 sein. Weil sie nun ihr Wasser nicht mehr privaten Wiederverkäufern teuer abkaufen müssen, geben die ans Netz angeschlossenen Haushalte für ihr Wasser erst noch weniger Geld aus. Das SECO unterstützt zudem das städtische Wasserwerk darin, seine finanzielle und operative Leistung zu verbessern.



(jls) Das Fergana-Tal ist die am dichtesten bevölkerte Region Zentralasiens. Rund 10 Millionen Bewohner leben hauptsächlich von Landwirtschaft auf einer Fläche, etwa halb so gross wie die Schweiz. Angebaut werden Baumwolle, Getreide, Früchte, Gemüse. Die fruchtbare Ebene ist auf drei Staaten aufgeteilt: Der grösste Teil befindet sich in Usbekistan, der Rest gehört zu Kirgisistan und zu Tadschikistan. Diese beiden Länder kontrollieren den Oberlauf des Syrdarja und seiner Zuflüsse, die das Becken mit Wasser versorgen und seine Fruchtbarkeit begründen. Aufgrund der Niederschläge allein würde in dieser Trockenregion nichts gedeihen.

Allerdings hängt nicht nur das Los der Bauern vom Syrdarja ab. Kirgisistan, das über praktisch keine andere Energiequelle verfügt, betreibt mehrere Wasserkraftwerke. Im Winter werden die Schleusen für die Stromproduktion zu Heizzwecken geöffnet. Grosse Mengen Wasser fliessen talwärts,

ohne dass die Bauern dafür Bedarf hätten. Oft kommt es zu Überschwemmungen. Anfang Sommer geschieht das Gegenteil: Die Kraftwerke profitieren von der Schneeschmelze, um ihre Stauseen zu füllen – genau dann, wenn die Kulturen im Unterlauf bewässert werden müssten.

Verdunstet und verschwendet

Seit ihrer Unabhängigkeit ist es den drei Staaten nicht gelungen, sich über die Verteilung des Wassers zu einigen. Ihre Streitigkeiten fügen der Versorgung des Fergana-Beckens schweren Schaden zu. Der Wassermangel hat allerdings auch andere Ursachen. Schätzungsweise 65 Prozent des Bewässerungswassers kommen nicht am Ziel an. Es verdunstet oder versickert in schadhaften Kanälen. Der Zustand der unter dem Sowjetregime gebauten Infrastrukturen hat sich seit der Unabhängigkeit 1991 rapid verschlechtert, weil sie nicht unterhalten wurden. Die Tarifpolitik fördert die Verschwendung, weil sich die Verrechnung nicht etwa auf die verbrauchten Mengen abstützt, sondern auf die bewässerte Fläche. Überdies erfolgt die Verteilung nicht nach wasserwirtschaftlich vernünftigen Kriterien. Aus all diesen Gründen kommt es dazu, dass Landwirtschaftsbetriebe am Ende eines Kanals bisweilen gar nicht versorgt werden.

In drei ländlichen Gebieten in Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan zielen mehrere DEZA-Projekte auf ein effizientes und gerechtes Ressourcen-Management ab. Es wurden neue Steuerungsstrukturen geschaffen. Die Landwirte bilden

lokale Benutzergruppen. Gemeinsam definieren sie ihren Bedarf und legen Bewässerungskalender fest. Diese Gruppen bilden Regionalverbände, um mit den Behörden die Wasserquoten auszuhandeln, die den Bevölkerungsgruppen zustehen. «Wir haben eine Form lokaler Demokratie eingeführt. Dieses System funktioniert bestens, auch wenn es für die an autoritäre und zentralisierte Regimes gewöhnte Bevölkerung völlig neu war», freut sich DEZA-Projektleiter Markus Schäfer.



Ein Bewässerungskalender für Landwirte

Unter Wassermangel leiden die Landwirte heute nicht mehr. Sie wissen im Voraus, wann sie mit welcher Menge rechnen können. Die Folge davon sind bessere Ernten und gestiegene Einkommen. Ausserdem entstehen wesentlich weniger Nachbarschaftskonflikte wegen der Wasserverteilung. Früher leiteten die Bauern manchmal nachts das Wasser eines Kanals um, um heimlich ihre Felder zu bewässern.

Inzwischen bestehen auch Weiterbildungsangebote. «Den Landwirten werden Bewässerungsmethoden vermittelt, die mit weniger Wasser gleich hohe oder höhere Erträge erzielen. Wird zu viel Wasser ausgebracht, leiden sowohl die Kulturen als auch die Böden darunter», sagt Markus Schäfer. Ein neues Verrechnungssystem fördert den sparsamen Umgang: in manchen Verbänden wird das Wasser neu pro Kubikmeter fakturiert. Die Benutzer haben begonnen, die Kanäle und die defekten Drainage-Röhren zu reparieren. Parallel dazu finanziert die DEZA die Automatisierung der Kanäle. Ein Computersystem steuert das Öffnen der Schieber, misst die Durchflussmenge und kompensiert bei Bedarf allzu hohe Zuflussmengen, wenn die Schleusen der Talsperren geöffnet werden.

Wasser trinken, ohne krank zu werden

Ein weiteres Problem des Fergana-Beckens ist die Trinkwasserqualität. Zahlreiche Versorgungssysteme sind zusammengebrochen, weil sich die Staaten den Unterhalt nicht leisten können. Etwa

40 Prozent der Familien auf dem Land müssen deshalb mit dem ungesunden Wasser der Bewässerungskanäle Vorlieb nehmen, was schwere gesundheitliche Folgen nach sich zieht.

Die DEZA hat ein Projekt zur Trinkwasserversorgung und zur Sensibilisierung für die Hygieneproblematik lanciert, das bereits rund 30 Dörfer abdeckt. Mit ihrer Unterstützung sanieren die Gemeinden Wasserfassungen und Reservoirs und erstellen neue Verteilnetze. Von den Bewohnern



Mitbeteiligung die konkrete Früchte trägt: Im Fergana-Becken regeln vielerorts die Bauern mittlerweile die Wasserverteilung selber, was zu weniger Wassermangel, besseren Ernten und gestiegenen Einkommen geführt hat

Jeder macht, wie's ihm passt

Zentralasien wird von Syrdarja und Amudarja bewässert, die mehrere Länder durchfliessen und in den Aralsee münden. Seit den 1960er-Jahren wurden beide Ströme übernutzt. Um die Baumwollplantagen zu bewässern, hatte die UdSSR gar ihren Lauf umgeleitet und die Austrocknung des Aralsees eingeleitet. Die ständig zunehmenden bewässerten Flächen befinden sich hauptsächlich in Usbekistan, Kasachstan und Turkmenistan. Deren Landwirte sind jedoch von Tadschikistan und Kirgisistan abhängig, die die Durchflussmenge der beiden Ströme kontrollieren. Früher hatte Moskau die Aufteilung der Ressourcen verfügt. Die beiden Republiken am Oberlauf mussten das Wasser in ihren Stauseen zurückhalten und es im Sommer für die Bewässerung zur Verfügung stellen. Dafür lieferten die drei Republiken am Unterlauf billiges Erdöl und Erdgas. Seit ihrer Unabhängigkeit halten sich die fünf Staaten nicht mehr an diese Regel. Jeder beansprucht für seine eigenen Zwecke möglichst viel Wasser.



gewählte lokale Gremien sind mit dem Unterhalt dieser Infrastruktur betraut und überwachen die Wasserqualität. Den Verbrauchern wird ein Preis verrechnet, der Verwaltung und Unterhalt der Installationen finanziert. ■

(Aus dem Französischen)

Unscheinbare Perle im Armenhaus Europas

Reich ist Europas ärmstes Land, die Republik Moldau, vor allem an ethnischen und sprachlichen Minderheiten. 28 Minoritäten anerkennt die Zentralregierung in Chisinau. Das zeugt zwar von Toleranz, stellt das Land aber auch auf Probe. Denn: Wie zimmert sich eine junge Nation ihre Identität, wenn längst nicht alle die einzige offizielle Landessprache beherrschen? Wie die streitbare Minderheit der Gagausen mit der Frage umgeht, zeigt ein Besuch ganz im Süden des Landes. Von Marc Lettau*.

Moldau

3,8 Millionen Einwohner

Fläche: 33843 km², Transnistrien eingeschlossen

Menschen mit weniger als 2 Dollar pro Tag: über 20%

Volksgruppen: Moldauisch-rumänisch sprechende Moldauer 64,5%, Ukrainer 13,8%, Russen 13%, Gagausen 3,5% und Bulgaren 2% sowie Polen, Weissrussen, Tataren. Die meisten Minderheiten bilden in gewissen Ortschaften oder Regionen die Mehrheit.

Gagausien

170000 Einwohner

Fläche: 1831 km²

Hauptstadt: Komrat

Anteil Gagausen: 83%



James Hill/laif



Nick Hannes/Reporters/laif

Martin Roemers/laif

Michail Formuzal ist kein Poet. Wenn aber der einstige Offizier und heutige Politiker in seinem perfekten Nadelstreifenanzug den ebenso perfekten Krawattenknopf zurechtrückt und spricht, dann tönts manchmal durchaus poetisch: «Das Volk der Gagausen ist eine Perle in der grossen Krone der kleinen Völker dieser Erde.»

Michail Formuzal muss es wissen. Er ist der *Bashkan* der Gagausen, das gewählte Oberhaupt des einst nomadisierenden, christlich-orthodoxen Turkvolkes. Er regiert über einen Flecken Erde, der sich *Gagauz Yeri* nennt, «das Land der Gagausen». 1994 hatten sich die Gagausen innerhalb der Republik Moldau einen weit reichenden Autonomiestatus erstritten. Gagausien ist somit ein Land im Land – und illustriert damit eine der grossen Herausforderungen der Republik Moldau. Die sprachliche und ethnische Vielfalt im jungen Staat ist nämlich augenfällig. Gleichzeitig erhofft sich die Zentralregierung in Chisinau mehr Einheit, mehr «moldauische Identität» und fördert darum engagiert die rumänische Sprache, die hier seit 1994 amtlich verordnet freilich moldauische Sprache heisst.

Moldauisch ist die einzige offizielle Staatssprache. Dem Russischen mag die einstige Sozialistische Sowjet-Republik Moldova diese Rolle nicht mehr zugestehen. Nur ist die Republik weder einspra-

chig, noch zweisprachig, sondern vielsprachig: Europas ärmster Staat muss die Leistung erbringen, auch die Minderheiten der Russen, Ukrainer, Gagausen und Bulgaren einzubinden sowie den Juden, Polen, Weissrussen und Tataren gerecht zu werden. Bedeutet die Autonomie Gagausiens, dass dies nicht recht gelingen will?

«Solche Fragen stellen nur Westler»

Die Antworten in den Strassen der gagausischen Hauptstadt Komrat sind einhellig: Die Republik Moldau sei stabil; an ihrer Zersplitterung sei niemand interessiert; just mit der Republik habe Gagausien nämlich den Garanten fürs erstrittene Selbstbestimmungsrecht erhalten. Weil die Zentralregierung explizit die Existenz eines «geschlossenen im Staatsgebiet der Republik Moldau lebenden gagausischen Volkes» anerkennt, dankt es das in der Vergangenheit streitwillige Turkvolk mit Loyalität gegenüber Chisinau.

«Wir können an der Minderheitenfrage gar nicht zerbrechen, weil alle – je nach Region – mal der Minderheit und mal der Mehrheit angehören»: So simpel ist die Logik des Geschäftsmanns in Komrat, für den die «ethnische Verschachtelung» einfach ein Faktum ist. Zwar sei Gagausien «ein Land im Land». Aber in Gagausien lebten wiederum bulgarische, ukrainische, russische und moldauische



Minderheiten: «Und die Republik Moldau nimmt die Gagausen als Minderheit ernst, weil das autonome Gagausien seinerseits seine Minderheiten ernst nimmt.»

Wie kommentieren aber zum Beispiel die ethnischen Bulgarinnen und Bulgaren den Alltag in Gagausien? Hristo, der bulgarische Lehrer, der im Dorf Kirsova unterrichtet und dort den Verein der bulgarischen Heimatliebenden vertritt, ist für diese Nachfrage prädestiniert: In Kirsova gilt die eine Strassenseite als bulgarisch und die andere als gagausisch – mit der endlosen Leninstrasse als Trennlinie. Zumindest die Gänse watscheln auf ihr unbeeindruckt hin und her. Die Menschen machten es gleich, «es gibt keine Abgrenzung», sagt Hristo. Fast alle Ehen seien gemischtethnisch: «Wir singen die gleichen Lieder, teilen sehr ähnliche kulturelle Werte.»

Ob jemand Gagause oder Bulgare sei, sei eher eine Frage der persönlichen Befindlichkeit und spiele im Alltag eine untergeordnete Rolle. Im Alltag sprächen die meisten ohnehin Russisch: «Hier hat gar niemand das Bedürfnis, sich immer und immer wieder durch das Abgrenzende zu definieren. Solche Fragen stellen nur Westler.» Und: «Wir leben in Armut. Aber wir leben dank den Gemeinsamkeiten gut.» Hristos Erkenntnis ist, dass nichts Schlechtes daran sein kann, ein breites heimatliches

Wurzelwerk zu entfalten: «Gagausien ist meine Heimat, die Republik Moldau mein Zuhause und Bulgarien das Land meiner Sprache.»

Geschichte ist bloss eine Art Gewitter

Zwei Strassen weiter entkörnt Maria Sicheli Maiskolben – Wintervorrat für sich und für ihre Hühner. Ihr Zuhause ist reinlich und ärmlich. Sie zeigt die sauberen Bettlaken und gebügelter Kleider fürs eigene Totenbett.

Für Maria ist das nicht morbid, sondern Teil des Alltags. Im Dorf leben viele Alte. Der Tod ist Realität. Er wartet auf sie. Und sie wartet auf ihn. Maria steht für jene Menschen, die in ihrem Dorf verwurzelt sind, aber dennoch oft von vorne beginnen mussten, weil die Geschichte wütend vorbeistürmte: Maria kam im königlich-rumänischen Kirsova zur Welt, ging im sowjetischen Kirsova zur Schule, beklagte im moldauischen Kirsova die zu kleine Rente und fütterte im gagausischen Kirsova die Hühner mit Mais: «Die Geschichte kommt und geht. Man schläft in ein Land ein und wacht im anderen Land wieder auf. Aber das Bett ist immer noch dasselbe. Und die Anstrengungen sind immer noch dieselben.»

In den Ebenen Gagausiens werden seit Generationen unbeeindruckt aller geschichtlichen Verwerfungen Reben kultiviert, Tabakfelder bestellt



Marc Lettau (4)

und Vieh gezüchtet. Die Dürren der letzten Jahre haben aber viele Landwirtschaftsbetriebe in den Ruin getrieben. Quellen versiegt, Kulturen verdorrt, Absatzmärkte fielen weg. Viehherden wurden aus reiner Versorgungsnot zur Schlachtbank geführt. Heute ist es Teil von Gagausiens autonomer Wirtschaftsaussenpolitik, Investoren für den Wiederaufbau der Viehzucht zu finden.

Die Fremdarbeiter ernähren das Land

Vierorts ist die Armut bedrückend augenfällig. Im tristen Städtchen Vulcaniesti in der budschakischen Steppe macht die achtjährige bulgarische Schülerin Elena Toporash zwar gerade gutgelaunt ihre Hausaufgaben. Sie klappt die moldauische Grammatik zu und rezitiert lachend ein gagausisches Gedicht:

*Bän biüdüm
Er gördüm pek çok
Ama bil, Bucak:
Sendän gözal – yok!*

Sinn gemäss: Eine schönere Gegend als Budschak gibt es nicht!

Doch draussen regnets in Strömen. An der Wäscheleine hängt noch Wäsche. Sie reinzuholen macht keinen Sinn, denn der Regen hat den staubigen Innenhof längst schon in eine Kloake aus knöcheltiefem Morast verwandelt. Drinnen in der Küche kommentiert die Grossmutter zufrieden Elenas Hausaufgaben: «Die Kinder unseres Landes werden nicht verstummen. Sie kennen alle Sprachen!» Sie, die russisch und bulgarisch spricht, versteht weder die moldauische Grammatik, noch die gagausische Lyrik. Und wo sind Elenas Eltern? Sie leben seit Jahren im Ausland. Der Vater mauert in der künftigen russischen Olympiametropole Sotschi. Die Mutter putzt für die Oberschicht in Istanbul.

Damit ist Elenas Familie gagausische und zugleich

moldauische Norm: Grossmütter betreuen über Jahre hinweg elternlos aufwachsende Kinder. Und fast jede zweite Familie ist finanziell von den schätzungsweise 1,6 Millionen moldauischen Gastarbeiterinnen und -arbeitern abhängig. Die Geldüberweisungen aus dem Ausland machen in der Republik Moldau offiziell 40 Prozent des Brutto sozialprodukts aus. Die Fremdarbeiter ernähren das Land, werden ihm aber zunehmend fremd: Sie verliessen eine Republik, die russisch sprach und dachte, und sie werden in eine Republik zurückkehren, die schon jetzt mehrheitlich moldauisch spricht und denkt.

Nicht warten, sondern anpacken

Auch für Bashkan Michail Formuzal ist die Arbeitsmigration «ein grosses Problem, vor allem wegen der Kinder, die zurückgelassen werden in der Obhut von Verwandten, die den Erziehungsaufgaben kaum gewachsen sind». Gagausien müsse deshalb immer mehr Kinder in Schulkantinen «richtig ernähren» und brauche wegen der Absenz der Eltern immer mehr Krippen.

Gleichzeitig zeige das Beispiel, dass Gagausien seine Probleme kenne und die Autonomie nutze, um Lösungen auszuarbeiten, sagt Formuzal und präsentiert einen Katalog mit 115 konkreten Entwicklungsprojekten, die unterstützt von der Soros-Stiftung erarbeitet worden sind. Gagausien möge eben nicht nur auf die Vorschläge von Entwicklungshelfern warten, die sich – vielleicht – hierher verirren: «Wir arbeiten hier nicht wie in einem Kolchos, der vierzig Jahre lang keine Ernte einbringen will. Sagen Sie das bitte Ihren Leuten.» ■

* Marc Lettau ist Redaktor bei der Zeitung «Der Bund» und bereist die Republik Moldau regelmässig.

Zerreissprobe

Unmittelbar auf die Unabhängigkeitserklärung der Republik Moldau 1991 folgte für die junge Nation die Zerreissprobe. Auf die anfängliche Forderung der rumänischsprachigen Mehrheit nach einer «Wiedervereinigung» mit Rumänien, reagierten zahlreiche ethnische Minderheiten mit heftigem Widerstand. Blutig verlief 1992 die Abspaltung Transnistriens, des russisch geprägten Landsteils östlich des Flusses Dnjester: 1000 Tote, 100000 innerstaatliche Flüchtlinge und ein bis heute ungelöstes Problem waren die Folgen. Der Widerstand der Gagausen und der ethnischen Bulgaren führte hingegen zu friedlichen Lösungen: Den Gagausen wurde 1994 die Bildung eines «Autonomen Territoriums» zugestanden. Und für die bedeutende bulgarische Minderheit im Süden wurde eine Kantonslösung geschaffen – der ethnisch-bulgarische dominierte Rayon Taraclia.

Die Schweiz und Moldau Humanitäre Hilfe ebnet den Weg

(bf) Die Schweiz unterstützt das ärmste Land Europas seit 2000. Bis Ende 2008 stand die Humanitäre Hilfe im Vordergrund, welche sich auf diesen Zeitpunkt hin zurückgezogen hat. In diesen neun Jahren wurden beachtliche Resultate erzielt. Dazu gehörten die bauliche Sanierung von Heimen und psychiatrischen Kliniken sowie die Hilfe in Notsituationen und Milchpulverlieferungen an soziale Institutionen. Zudem hat die Humanitäre Hilfe den Grundstein für das DEZA-Programm in der ländlichen Wasserversorgung in der Republik Moldau gelegt, welches künftig von der bilateralen Zusammenarbeit weitergeführt wird. Durch die erreichten Resultate genießt die Schweiz in der Republik Moldau ein hohes Ansehen, welches den weitergeführten Aktivitäten zugute kommt. In der neuen Strategie 2010 bis 2013 stehen die Bereiche Wasser sowie Gesundheit im Vordergrund. Gesamthaft engagiert sich die Schweiz 2010 mit einem Budget von 6,2 Millionen Franken.

Flexiblere Trinkwassersysteme

Im Bereich Wasser arbeitet die Schweiz eng mit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit wie auch der EU und der Weltbank zusammen. Nicht zuletzt wegen ihres starken Engagements in

der Vergangenheit sowie der erzielten Resultate in diesem Bereich, hält die Schweiz den Vorsitz der Sektor-Gruppe Wasser der Donatoren, was einer grossen Anerkennung gleichkommt. Momentan werden mit der neuen moldauischen Regierung Gespräche über eine flexiblere, sprich dezentralisierte Handhabung des Trinkwassersystems geführt.

Auch wird künftig mehr Aufmerksamkeit der Abwasseraufbereitung geschenkt. Damit kann eine gesamtheitliche Lösung für sowohl Zufuhr wie Abfuhr von Trinkwasser für ländliche Siedlungen angeboten werden. Bis anhin wurden jährlich drei oder vier Trinkwasser- und Abwassersysteme in ländlichen Distrikten je einzeln erfolgreich auf die Beine gestellt. Nun soll diese Dynamik auf eine regionale Ebene überführt werden und damit die Lokal- bzw. Regionalregierung dazu befähigt werden, diese Projekte eigenständig aufzubauen und zu verwalten. «Wir befinden uns am Anfang eines spannenden Prozesses, den wir zum Laufen bringen wollen», erklärt Hynek Bures, Moldau-Verantwortlicher bei der DEZA.

Notfallabteilungen modernisieren

Auch im Bereich Gesundheit hat die Humanitäre Hilfe die Vorarbeit zum heutigen Schweizer Engagement geleistet. Dabei konzentrierte sich die Unterstützung rund um die Gesundheit von Müttern und Kindern bei der Geburt: Von der Ausrüstung mit Ultraschallgeräten über die entsprechende Ausbildung des Personals bis hin zur Sensibilisierung von jungen Frauen und Eltern. Seit Anfang 2009 wurde das Gesundheitsprogramm auf die Pädiatrie ausgedehnt, d.h. der Kindergesundheit bis fünfjährig. Im Mittelpunkt stehen insbesondere die Modernisierung der Unfall- bzw. Notfallabteilungen in den Spitälern – beispielsweise mit Beatmungsgeräten. Für diese Unterstützung renovieren die Spitäler in Eigenleistung die entsprechenden Räume.

Auch zum Gesundheitsbereich gehört die Unterstützung der nationalen Reformen bezüglich der Psychischen Gesundheit (Mental Health). In diesem Bereich ist die Schweiz die einzige bilaterale Donatorin in Moldau. Dabei geht es vor allem darum, lokale Partner bei der Einführung von neuen Standards und dezentralisierten Dienstleistungen auf Gemeindeebene für psychisch Kranke zu unterstützen. ■



DEZA

Endlich protestieren sie



Denis Cenusă, 27, ist Politologe und besitzt einen Abschluss als Politikwissenschaftler der Staatsuniversität der Republik Moldau. Er setzt sich aktiv für Menschenrechte ein, ist ehrenamtlicher Mitarbeiter verschiedener internationaler Organisationen wie Amnesty International Moldova oder der International Organization for Migration und betreibt unter www.cenusadi.wordpress.com einen eigenen Blog. Von 2005 bis 2008 war er als Forschungsassistent am unabhängigen Analytischen Zentrum Expert-Group tätig, wo er die Publikation «Festigung der Zivilgesellschaft im europäischen Integrationsprozess» verfasste und an der Vorbereitung des Berichts zur Lage Moldaus 2008 sowie an anderen Projekten teilnahm. Seit verganginem Jahr ist Denis Cenusă Chefredaktor des Portals www.Europa.md.

Weder den hier tätigen Netzwerken der Nichtregierungsorganisationen noch den Akteuren der Informationsgesellschaft ist es bisher gelungen, die moldauische Bevölkerung aus ihrem kommunistischen Fatalismus zu befreien. Ihr geringer Einfluss auf die Verhaltens- und Denkmuster der Menschen sagt viel über den Grad des Verfalls und den Anachronismus dieses gesamten Systems aus. Kein Wunder, dass sich die genannten Aspekte auch in den ersten Wahlen im Jahr 2009 widerspiegeln.

Einigen Auslands-Moldauern gelang es damals, die öffentliche Aufmerksamkeit im Land auf die Parlamentswahlen zu lenken. Emigranten und Daheimgebliebene sind nicht nur stark emotional miteinander verbunden sondern auch finanziell voneinander abhängig. Die Emigranten beschränkten sich jedoch nicht darauf, Geld in die Heimat zu schicken. Vielmehr sorgen sie auch für einen Transfer immaterieller Werte wie Aufnahmebereitschaft, Initiative und Zivilcourage.

Der Anstoss, Initiative und Haltung zu zeigen, kam überdies von der moldauischen Jugend, die bewusst, aktiv und häufig auch politisch motiviert agiert. Die Jungen scheuten sich nicht, vor und während des Wahlkampfs – unabhängig von ethnischer Zugehörigkeit oder Muttersprache – ihrem Unmut über Fehlentwicklungen und Vergehen der kommunistischen Regierung Ausdruck zu verleihen.

All dies führte zu einem Umschwung im politischen System. Allerdings kann dieses Ergebnis nur ein erster Schritt sein, gilt es doch, tiefgreifende Veränderungen der Denk- und Verhaltensmuster der moldauischen Gesellschaft hin zu einer Bürgergesellschaft einzuleiten. Die Erleichterung, die nach dem Verzicht der Kommunisten auf die Re-

gierung in weiten Teilen der Bevölkerung zu beobachten war, ist eigentlich gefährlich, weil hier kein bedeutender Sieg demokratischer Gruppierungen über die autoritären Kräfte zu feiern ist. Es gelingt den liberaldemokratischen Kräften nicht, die von den Kommunisten betriebene und geförderte Propagandamaschinerie nachhaltig zu neutralisieren. Zugleich scheint die zustimmende Haltung der Bevölkerungsmehrheit zur Allianz für einen zukünftigen EU-Beitritt zu kippen. Daher hängt nun alles davon ab, ob die diversen Einzelinitiativen und die Pläne der Liberaldemokraten im Zusammenwirken mit ihren internationalen (vor allem europäischen) Partnern auch effizient und möglichst bald umgesetzt werden können.

Momentan wird die Stimmung der Menschen von zwei Gegensätzen geprägt: Auf der einen Seite herrscht eine trügerische Zufriedenheit über die Schwächung der Kommunisten, auf der anderen Seite eine latente Unzufriedenheit. Denn die von der Wirtschaftskrise und den Folgen der schlechten Regierungsarbeit der Kommunisten hart getroffenen Bürger werden von ihrer Regierung auf Distanz gehalten, indem demokratische Prinzipien missachtet werden. Dies wird die konformistische Mentalität, wie sie sich im postsowjetischen Charakter vieler Moldauer sowie in der (Nicht-) Wahrnehmung ihrer Bürgerpflichten zeigt, weiter festigen.

In der Praxis lässt sich dieses Phänomen an den Protesten der Rentner gegen die Erhöhung der Beförderungstarife für die öffentlichen Verkehrsmittel und die Abschaffung der Gratisfahrten nach Vorlage des Personalausweises beobachten. Sie sehen solche Aktionen als Kampagne der Liberaldemokraten, die gegen sie als Rentner oder Veteranen «so-wjetischer Provenienz» gerichtet sind, und nicht als Massnahmen im Sinne eines sozialen Ausgleichs, die in Einklang mit ihrer Menschenwürde stehen.

Fest steht: Die Regierenden müssen jedes negative Zeichen der Gesellschaft aufnehmen, Lösungen vorschlagen und gleichzeitig für eine umfassende Einhaltung der Menschenrechte sorgen. Zudem wird Moldaus Entwicklung stark davon abhängen, welche Bedingungen die EU an das Land stellen und wie fest es in die EU-Nachbarschaftspolitik einbezogen wird. ■

(Aus dem Rumänischen)





Entwicklungspolitik ist mehr als Entwicklungshilfe

In den Auseinandersetzungen um die Erhöhung der schweizerischen Entwicklungshilfe hiess es immer wieder: Die Qualität der Hilfe ist entscheidend, nicht die Menge. Richtig ist, dass Volumen *und* Qualität die Wirkung erzeugen. Und auf die Wirkung kommt es schliesslich an.

Das Länderexamen der OECD, welches alle vier Jahre die Entwicklungspolitik der Mitgliedsländer eingehend prüft, hat für diese Fragen eine hervorragende Bedeutung. Dies auch, weil ein internationaler Vergleich hergestellt werden kann. Dieses Länderexamen für die Schweiz wurde Ende 2009 veröffentlicht. Es umfasste Prüfungen und Hearings im Land selber sowie der Länderprogramme in Nicaragua und Albanien.

Das Prüfergebnis ist sehr positiv, zeigt aber auch Handlungsbedarf auf. Positiv bewertet wird die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe und der Ostzusammenarbeit von DEZA und dem Staatssekretariat für Wirtschaft SECO. Hervorgehoben werden im Bericht die Nähe zur Bevölkerung und die Ausrichtung auf die Armut. Die Schweiz ist ein vorbildlicher Geber für internationale Entwicklungsorganisationen, weil die Beiträge nicht an alle möglichen kleinmaschigen Bedingungen geknüpft werden, was ein effizientes Arbeiten der Organisationen fördert.

Es gab aber auch kritische Empfehlungen. Das Volumen liegt nicht in dem Bereich, welcher von einem der reichsten Länder der Welt erwartet wird. Immerhin: Der Beschluss des Parlaments, das Volumen der Entwicklungshilfe bis 2015 auf 0,5 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu er-

höhen, wurde auch international positiv aufgenommen.

Die schweizerische Entwicklungszusammenarbeit arbeitet in zu vielen Themenbereichen, ist etwas verzettelt. Diese Feststellung trifft zu. Nur mit einer Konzentration und Schärfung des thematischen Profils wird es gelingen, eine noch grössere Wirkung zu erzielen und die bilateralen und multilateralen Handlungslinien stärker zu verknüpfen.

Die schwierigste Empfehlung betrifft die Politikkohärenz. Entwicklungspolitik ist mehr als Entwicklungshilfe. Es geht darum, umfassend Entwicklung und den Kampf gegen die Armut zu fördern. Nicht nur was DEZA und SECO tun ist von Bedeutung. Auch die schweizerische Handelspolitik, Landwirtschaftspolitik, Finanzpolitik, der Patentschutz oder die Forschungspolitik betreffen die Entwicklungschancen armer Länder. Dies ist ein steinigtes, aber wichtiges Feld – in der Schweiz und auch in vielen anderen Geberländern.

Die Reorganisation der DEZA, welche gerade eine Öffnung zu anderen Bereichen mit zum Ziel hatte, ist für dieses Anliegen wichtig. Noch wichtiger ist aber, dass in der schweizerischen Gesellschaft die Erkenntnis besteht, dass wir in einer Welt leben und dass unsere eigene Zukunft auch von den Lebenschancen armer Länder und Bevölkerungsgruppen abhängt. ■

Martin Dahinden
Direktor der DEZA



Sven Torfinn/af

Viele massakriert, wenige verurteilt

Tausende von Hutu metzelten 1994 während des Völkermords in Ruanda innerhalb dreier Monate zwischen 800 000 und 1 Million Tutsi brutal nieder. Der vom UN-Sicherheitsrat eingesetzte internationale Strafgerichtshof hat bisher 29 Hauptverantwortliche verurteilt. Nun zog man in Genf eine Zwischenbilanz.

(mr) Voraussichtlich Ende 2010 wird der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda (TPIR) seine Pforten schliessen. Das im November 1994 durch eine Resolution des UN-Sicherheitsrats geschaffene Tribunal hat den Auftrag, jene Personen zu verurteilen, die 1994 am Völkermord in Ruanda sowie an anderen schweren Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht beteiligt waren.

Der Sitz des Gerichts ist in Arusha in Tansania, die Berufungskammer befindet sich im holländischen Den Haag. Was hat das Tribunal gebracht? Hat es, wie ursprünglich vorgesehen, tatsächlich zur Versöhnung der verfeindeten Hutu und Tutsi beigetragen? An einem im August 2009 in Genf organisierten Kolloquium mit dem Titel «Das TPIR als Modell oder Anti-Modell der internationalen Justiz?» zogen Richter und Staatsanwälte des TPIR sowie Verteidiger, Zeugen der Opfer, Experten

und akkreditierte Journalisten eine Zwischenbilanz. Organisiert wurde das von der DEZA finanzierte Kolloquium vom Genfer Institut universitaire des hautes études internationales et du développement (IHEID) und vom Pariser Institut d'études du développement économique et social (IEDES).

Kritisiertes Gericht

«Wie zu erwarten war, bestand die Hauptkritik an die Adresse des Tribunals in der einseitigen Strafverfolgung der Genozidverantwortlichen», sagt Didier Douziech, Programmbeauftragter der DEZA für die Region der Grossen Seen. Insbesondere die Anwälte der Verteidigung hätten dabei moniert, dass das Strafgericht zu einem eigentlichen «Tribunal der Gewinner» geworden und die Anklage kaum gegen die für Kriegsverbrechen verant-

wortlichen Tutsi der ruandischen Patriotischen Front (RPF) vorgegangen sei; statt dessen aber fast ausschliesslich gegen die für den Völkermord verantwortlichen Hutu.

Die Kritik ist durchaus berechtigt. Zu bedenken ist aber, dass die Versuche der Anklage, auch die Verbrechen der Tutsi-Rebellengruppe RPF vor Gericht zu bringen, von der ruandischen Regierung unterbunden wurden. Paul Kagame, ehemaliger Führer der RPF, ist heute Präsident von Ruanda. Unter ihm hatte die RPF im Sommer 1994 den Genozid gestoppt und dabei nach Angaben von UN-Ermittlern und Menschenrechtsorganisationen selbst Massaker an mehreren Zehntausend Hutu begangen. Insbesondere die einstige Chefanklägerin des TPIR, Carla Del Ponte, hatte wiederholt versucht, auch gegen die für Kriegsverbrechen verantwortlichen Tutsi der RPF vorzugehen. Sie scheiterte letztendlich aber aufgrund der mangelnden Kooperation Kagames.

Kritisiert wurden auch die unverhältnismässigen, oft jahrelangen Präventivhaften für Angeklagte. Einige hätten bis zu zehn Jahre im Gefängnis auf ihren Prozess warten müssen. Eine Praxis, die sich laut anwesenden Anklägern nicht mit dem internationalen Recht vereinbaren lasse. Auch wurden unter anderem die hohen Kosten des Gerichts kritisiert.

Vor Freude geweint

Was es bedeutet, wenn einen Gerechtigkeit widerfährt, schilderte am Genfer Kolloquium Thomas Kamilindi. Der Journalist konnte einem von den Hutu-Milizen im Hôtel des Mille Collines verübten Massaker knapp entkommen: «Ich habe diese Mörder wie Götter gesehen, wie Götter des Bösen, wohlverstanden, als Unantastbare. Doch als der Verantwortliche des Massakers im Hôtel des Mille Collines verurteilt wurde, habe ich vor Freude geweint. Ich fühlte mich von etwas befreit, das sich nicht beschreiben lässt.»

Der Hauptverdienst des Tribunals, dessen war man sich in Genf einig, bestand darin, dass trotz allem einige der Hauptverantwortlichen des Völkermordes überführt und verurteilt werden konnten. Dies ist für den Versöhnungsprozess im Land sehr wichtig.

Im Dezember 2008 fällte das TPIR wohl eines seiner wichtigsten Urteile: Oberst Théoneste Bagosora, Chef des Kabinetts des Verteidigungsministers und Hauptverantwortlicher des Massakers gegen die Tutsi, wurde des Völkermordes schuldig gesprochen und zu lebenslanger Haft verurteilt.

Auch zwei seiner Komplizen wurden nicht geschont: Sowohl Anatole Nsengiyumva, Militäarchef des Distrikts Giseyani, der dort (nach Rücksprache



Sven Torfinn

mit Bagosora) den Befehl zur Massakrierung aller Tutsi erteilt hatte, als auch Aloys Ntakabuze, Chef der Fallschirmjäger, wurden wegen Völkermord verurteilt.

Insgesamt hat das Tribunal bis Ende 2009 gegen 90 Kriegsverbrecher Anklage erhoben. 34 Fälle wurden erstinstanzlich und 21 bereits in zweiter Instanz behandelt. 29 Angeklagte wurden definitiv verurteilt, 6 wurden freigesprochen. Diverse Prozesse laufen noch bis mindestens Ende 2010. Offen bleibt, ob danach die Verhandlungen an ein nationales Gericht übertragen werden. ■

Der Völkermord

Im Frühjahr 1994 wurden in hundert Tagen zwischen 800 000 bis 1 Million Menschen, mehrheitlich Tutsi, aber auch gemässigte Hutu, regelrecht niedergemetzelt. Der Völkermord in Ruanda entstand aus dem jahrzehntelang schwelenden Konflikt zwischen den Volksgruppen der Hutu und Tutsi. Als Auslöser für den Genozid an der Tutsi-Minderheit gilt das Attentat auf den Hutu-Präsidenten Juvenal Habyarimana, dessen Flugzeug am 6. April 1994 beim Landeanflug auf Kigali von einer Rakete abgeschossen wurde. Radikale Hutu-Milizen lasteten den Mord der Tutsi-Minderheit an und riefen zu Vergeltung auf.

Vernetzter, jünger und weiblicher forschen



Nick Hannes/Reporters/laif

Netzwerke bilden

Ein wichtiger Faktor bei der Umsetzung des RRPP ist das Networking. Dabei sollen Forschende über die Grenzen hinweg vernetzt werden. Dies vorab, um die regionale Zusammenarbeit zu unterstützen, welche sich auf politischer Ebene so schwierig gestaltet. Dazu gehört auch die Jahreskonferenz des RRPP. 2009 fand diese erstmals statt und zwar im mazedonischen Ohrid zum Thema «Ideology, Democracy and Social Change in the Western Balkans: Challenges for the Social Sciences». Die nächste Jahreskonferenz ist in Albanien geplant. Gefördert werden auch nationale Netzwerke, die von lokalen Arbeitsgruppen koordiniert werden. «Das Ziel besteht darin, sozialwissenschaftliche Forschungsnetzwerke für den gesamten Westbalkan zu bilden», erklärt Ralph Friedländer von der Abteilung Westbalkan der DEZA. Darüber hinaus finanziert das RRPP Kurse in Forschungsmethodik und die Teilnahme an wichtigen wissenschaftlichen Konferenzen. www.rpp-westerbalkans.net

Die Länder des Westbalkans reformieren sich. Viel dazu beitragen können Medien- und Politikwissenschaften sowie Ethnologie und Soziologie. Dies allerdings nur, wenn sie an den Hochschulen zeitgemäss erforscht und unterrichtet werden. Die Schweiz unterstützt ein entsprechendes Projekt.

(mr) Das Ziel ist ambitioniert: Mit dem Regional Research Promotion Programme Western Balkans (RRPP) sollen die Forschungskapazitäten im Bereich der Sozialwissenschaften in Albanien, Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Mazedonien, Montenegro und Serbien etabliert und gestärkt werden. Dies auch, weil diese Länder an den westeuropäischen Standard herangeführt werden sollen.

Männlich geprägt

«An den Hochschulen des Westbalkans wurden die Sozialwissenschaften bisher oft vernachlässigt. Sie sind jedoch sehr wichtig, um mit den Konsequenzen der laufenden Transformations- und Modernisierungsprozesse umzugehen. Gerade die Sozialwissenschaften formulieren Vorschläge für notwendige Reformen und können die Auswirkungen der getroffenen politischen Massnahmen aufzeigen», erklärt Roger Pfister, Berater des Projektteams. Das von der DEZA finanzierte Programm wird seit Juli 2008 von einem Team am Institut für Ost- und Ostmitteleuropa (IICEE) der Universität Freiburg geleitet.

Das Programm wird vor allem auf jüngere und

weibliche Forschende ausgerichtet. Dies deshalb, weil die akademischen Strukturen noch stark von männlichen Wissenschaftlern der alten Schule dominiert werden. Zudem verfolgt es einen «Bottom-up-Ansatz»: Zuerst werden wissenschaftliche Oberthemen festgelegt, bei denen regionale Wissenschaftler einen Nachholbedarf erkennen, daraufhin wird dementsprechend geforscht, was wiederum vom RRPP finanziert wird.

Forschungsprojekte zu finanzieren ist ein zentrales Element des Programms. Nach einer ersten Ausschreibung 2008 in Bosnien und Herzegowina sowie Mazedonien, wurden sieben Forschungsprojekte genehmigt. Das Spektrum reichte von politischen Themen, über die Rolle der Medien bis hin zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Die zweite Ausschreibung vom Juni 2009 richtete sich auch an Forschende aus Albanien und Kosovo. Unter den rund 90 eingegangenen Gesuchen werden nun Projekte mit länderübergreifenden Forschergruppen bevorzugt, um die regionale Zusammenarbeit zu fördern. ■

Schweizer Rettungshelfer in Padang

(bmd) Am 30. September 2009 verwüstete ein starkes Erdbeben die 750000 Einwohner zählende Stadt Padang an der Westküste der Insel Sumatra. Mehr als 1100 Menschen kamen dabei ums Leben, zahlreiche Gebäude stürzten ein. Die Schweiz hat sehr rasch auf die Bitte Indonesiens um internationale Hilfe reagiert. Ab dem 2. Oktober waren 115 Spezialisten der Rettungskette Schweiz vor Ort im Einsatz. Ein Sanitätsteam versorgte die Verwundeten und organisierte deren Evakuierung. Ein Suchteam mit 18 Katastrophenhunden suchte acht Erdbebenstandorte nach Verschütteten ab. Zwar konnten die Opfer nur noch tot geborgen werden, trotzdem ist dies für die betroffenen Familien wichtig, weil sie nur so um ihre Angehörigen trauern und von ihnen

Abschied nehmen können. Der Einsatz fand unter erschwerten klimatischen und operativen Bedingungen statt. Die Mitglieder der Rettungskette verliessen Indonesien am 5. Oktober. Vier Experten des Schweizerischen Korps für Humanitäre Hilfe blieben vor Ort, um die Sofort- und Überlebenshilfe weiterzuführen. Sie kehrten am 18. Oktober in die Schweiz zurück, nachdem einem Spital ein «Medical Kit» ausgeliefert worden war, das die Versorgung von 10000 Personen während dreier Monate ermöglicht. Die Schweizer Helfer verteilten ausserdem 4000 Plastikplanen, 2000 Hygienesets, 3200 Trinkwasserkanister und eine grosse Anzahl von Werkzeugen an Bedürftige. Die Verteilung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden. Der grösste Teil des Materials im

Wert von über 100000 Franken konnte vor Ort besorgt werden.

Politische Ökonomie im Dienst der Entwicklung

(drn) Erfahrungsgemäss genügt eine Analyse der ökonomischen Prozesse allein nicht, um in Entwicklungs- oder Transitionsländern eine bestimmte Politik durchzusetzen oder Reformen zu unterstützen. Mindestens ebenso wichtig ist die Analyse der Machtgleichgewichte, der Partikularinteressen und der ideologischen oder religiösen Motive – mit andern Worten die Politik. Ein ausgewogenes Analysemodell geht aus der Politischen Ökonomie hervor. Sie stellt die Mittel zur Evaluation der wirtschaftlichen und politischen Elemente eines Reformprozesses bereit. Die Instrumente der Politischen Ökonomie erlauben es, Beteiligte sowie von den

Reformen Begünstigte und Benachteiligte besser zu erfassen. Das Netzwerk Politische Ökonomie und Entwicklung (PED) der DEZA hat sich zum Ziel gesetzt, eine Erfahrung- und Wissensaustauschbasis zu entwickeln. Der Einsatz von Instrumenten der Politischen Ökonomie erlaubt es, Zusammenarbeitsstrategien der Realität anzupassen und Reformen und die Transition besser zu unterstützen. Das PED-Netzwerk deckt auch für die DEZA wichtige Spezialgebiete ab: Verwaltung öffentlicher Gelder; Fiskal- und Gebührenpolitik; Korruptionsbekämpfung. All diese Bereiche reagieren besonders sensibel auf die Balance zwischen Vernunft und Macht.

Was eigentlich ist... Wissensmanagement?

(bf) Wissensmanagement ist eine bewusste Strategie, die darauf abzielt, das richtige Wissen an die richtigen Personen zum richtigen Zeitpunkt zu vermitteln. Sie soll dabei helfen, Wissen zu teilen (z.B. in Netzwerken) sowie Wissen in die Praxis umzusetzen mit dem Ziel, bessere Arbeit zu leisten und die Wirksamkeit zu steigern. Im Zentrum des Wissensmanagements steht die Schaffung einer Kultur des Wissensaustauschs (Wissen teilen) und des Lernens. Beim Wissensmanagement stehen das permanente Lernen, die Anpassung an neue Bedingungen und Herausforderungen sowie die Veränderung von eingespielten Praktiken (einschliesslich Programme, Verfahren, Organisationsstrukturen) im Vordergrund. Das Wissensmanagement macht uns bewusst, dass Wissen – meist in den Köpfen der Menschen – für sich selber eine Ressource ist.

Anders als in konventionellen Unternehmen besteht in der Entwicklungszusammenarbeit die Herausforderung insbesondere auch darin, nicht nur das vorhandene Wissen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zusammenzubringen, sondern auch dasjenige der Menschen in den Entwicklungsländern selber: Beispielsweise lokales bäuerliches Wissen über technische Verfahren oder das Wissen innerhalb von Entwicklungsorganisationen vor Ort. Projekte und Programme der Entwicklungszusammenarbeit orientieren sich am Wissen und den Sichtweisen der Betroffenen,

von der Planung bis zur Evaluation. Damit zielt das Wissensmanagement in der Entwicklungszusammenarbeit grundsätzlich darauf ab, die vorhandenen Ressourcen in den Menschen zu stärken. Auf diese Weise trägt es dazu bei, die Benachteiligten zu ermächtigen.



Jens Grossmann/laif

Wenn die Zusammenarbeit zu Ende geht



Alejandro Balaguer / Redux/iaf



In Quito erloschen die Lichter des DEZA-Kooperationsbüros bereits Ende Jahr – bis 2012 wird sich die DEZA aus vier weiteren Schwerpunktländern der Schweizer Entwicklungszusammenarbeit vollständig zurückziehen. Oder doch nicht ganz? Von Gabriela Neuhaus.

Indien, Pakistan, Peru, Ecuador und Bhutan gehören künftig nicht mehr zu den Schwerpunktländern der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit. In all diesen Staaten engagierte sich die DEZA während 30 Jahren und länger im Kampf gegen die Armut. Dem Ausstieg liegt die Forderung nach vermehrter Konzentration in der Entwicklungszusammenarbeit zugrunde: Die frei werdenden Gelder kommen den Programmen in den verbleibenden zwölf Schwerpunktländern zugute (siehe auch Eine Welt Nr. 2/2009).

Als Entscheidungsgrundlage für den Ausstieg macht die DEZA entwicklungspolitische Kriterien geltend – ausser im Fall von Pakistan, das der Bundesrat entgegen der Empfehlungen des EDA von der Liste der Schwerpunktländer gestrichen hat. «In jedem der fünf Länder präsentieren sich die Situation und damit auch das Ausstiegsszenario anders», sagt Jürg Benz, stellvertretender Leiter Regionale Zusammenarbeit bei der DEZA.

Ecuador ist nicht mehr arm

Fast vier Jahre dauerte der sogenannte «Phasing out»-Prozess in Ecuador, während dem die Partnerorganisationen auf eine Zukunft ohne Unterstützung aus der Schweiz vorbereitet wurden. Projekt um Projekt habe man die Partner gestärkt und

darauf hingearbeitet, dass die Erfahrungen aus der 40-jährigen Zusammenarbeit für die Zukunft «kapitalisiert» werden können, sagt Jürg Benz.

Angeichts des aktuellen Entwicklungsstands war Ecuador ein klarer Ausstiegskandidat: Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von rund 3500 Dollar im Jahr gehört der Andenstaat längst nicht mehr zu den ärmsten Ländern der Welt und ist, laut DEZA, in der Lage, die Millenniumsziele aus eigener Kraft zu erreichen.

Anders sieht man dies bei der Schweizer Entwicklungsorganisation Swissaid, die ihr Engagement in Ecuador weiterführt. «In den sechs Bergprovinzen, wo wir arbeiten, leben bis zu 90 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze», sagt Franziska Theiler von Swissaid. Mit einem Budget von rund 1,1 Millionen Franken im Jahr unterstützt die Schweizer NGO Bauerngemeinschaften in Bereichen wie nachhaltige Ernährungssicherung, Wasserwirtschaft sowie Organisationsentwicklung. Diese Projekte sind vom DEZA-Rückzug nicht direkt betroffen, trotzdem bedauert Swissaid die Schliessung des Kooperationsbüros in Quito: «Es ist schade, dass die DEZA aus Ecuador aussteigt – nicht zuletzt, weil die Schweizer Organisationen vor Ort damit einen wichtigen Gesprächspartner verlieren.»



So radikal wie in Ecuador (ganz links) ist der Rückzug der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit nirgendwo – in Peru (Mitte) verlagert sich die Unterstützung auf die Bereiche Infrastruktur und Wirtschaftsförderung und in Indien wird weiterhin das globale Klimaprogramm unterstützt

Für die Entwicklungsorganisation Intercooperation, die bis anhin ihren Lateinamerika-Hauptsitz in Ecuador hatte, sind die Folgen einschneidender: Sie arbeitet zum grössten Teil im direkten Auftrag der DEZA und musste ihr Engagement in Ecuador – wie zuvor schon in Indien – entsprechend ab- und umbauen.

Wertvolle Partnerschaften

«Der Bedarf an Unterstützung in spezialisierten Bereichen wie zum Beispiel Gemeindeentwicklung oder Förderung von ländlichen Kleinunternehmen wäre nach wie vor gross», sagt Felix von Sury, Geschäftsleiter von Intercooperation. Wie bei Swissaid, steht man aber auch hier den Konzentrationsbestrebungen nicht grundsätzlich negativ gegenüber.

Die beschränkten Mittel, die der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen, müssen gezielt eingesetzt werden, damit sie Wirkung zeigen. Allerdings gehen die Meinungen schnell auseinander, wenn es um das Wo und Wie geht. Felix von Sury würde es bedauern, wenn das Engagement in den Schwerpunktländern, die nun aufgegeben werden, vollständig heruntergefahren werden sollte, während für neue Programme in Ländern wie Kuba oder der Mongolei durchaus Geld zur Verfügung steht: «Es ist kurzsichtig zu sa-

gen, jetzt waren wir 40 Jahre lang dort, das reicht. In dieser Zeit hat man Netzwerke geschaffen und wertvolle Partnerschaften aufgebaut, die es heute ermöglichen, mit relativ kleinen Beträgen grosse Wirkung zu erzielen. Wenn der Faden aber einmal gerissen ist, kann er nicht wieder aufgenommen werden.» Gerade die Schweiz, die sich bisher durch langfristiges Engagement und enge partnerschaftliche Zusammenarbeit profiliert habe, sei nicht in erster Linie wegen der Finanzen eine wichtige Partnerin für die Organisationen im Süden. Oft stünden für lokale NGOs und andere Projektpartner Faktoren wie Wissensvermittlung, Erfahrungsaustausch, Anerkennung sowie Sicherheit im Zentrum.

Abschied ja – aber...

So definitiv wie in Ecuador ist der Abschied in keinem andern Land. Peru, wo die klassischen Armuts-Programme der DEZA bis Ende 2011 auslaufen, erhält als neues SECO-Schwerpunktland vermehrt Unterstützung in den Bereichen Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Zudem bleibt die DEZA mit Projekten im Rahmen des Globalen Klimaprogramms weiterhin präsent.

In Indien, das angesichts seiner wachsenden Bedeutung als Global Player keine klassische bilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit kleinen Ge-

Bhutan-Engagement auf der Kippe

«In Bhutan hatten wir ein Riesenprogramm mit hoher Wirkung», sagt Franz Gähwiler, Projektverantwortlicher bei Helvetas. Von 1983 bis 2006 war Bhutan ein Schwerpunktland der DEZA. Ein Grossteil der Projekte und Programme wurde von Helvetas umgesetzt. «Während wir vor allem auf der Grassroot-Ebene arbeiten, bringt die DEZA die Themen in die Landespolitik ein», umschreibt Remo Gesù, Leiter Internationale Programme bei Helvetas, die Synergien, die gerade im kleinen Bhutan besonders gut zum Tragen gekommen sind. Angesichts des bereits Erreichten hatten Helvetas wie auch die DEZA den Rückzug aus Bhutan ins Auge gefasst. Nun will man aber noch einmal über die Bücher: Mit den ersten Wahlen im Königreich Bhutan wurde 2008 ein Demokratisierungsprozess eingeleitet, den die Schweiz als langjährige Partnerin und Vorbild in Sachen Demokratie begleiten, und so zu dessen Festigung beitragen könnte.

In Pakistan wird das bilaterale durch ein regionales Programm abgelöst, bei welchem menschliche Sicherheit und Konfliktlösung in den Grenzregionen zu Afghanistan im Vordergrund stehen



The New York Times / Redux / laif

Umverteilte Gelder

Mit der Konzentration auf zwölf Schwerpunktländer für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit der DEZA werden jährlich rund 45 Millionen Franken umgelagert: Das DEZA-Budget für die Entwicklungszusammenarbeit in Pakistan betrug 2008 15 Millionen Schweizer Franken, 2013 wird es auf 0 hinunter gefahren. Ecuador hatte 2008 noch 7 Millionen, Peru 8, Indien 13 und Bhutan 3 Millionen. Aufgestockt werden die Budgets der zwölf verbleibenden Schwerpunktländer, allen voran jene in Zentralamerika, Burkina Faso, Mosambik und Tansania, wo der Abbau des SECO-Programms mit vermehrtem DEZA-Engagement kompensiert wird.

bern wie der Schweiz mehr will, wird das bisherige Schwerpunktprogramm Ende 2010 abgeschlossen. Die traditionelle Armutsbekämpfung, die in Indien, wo immer noch Millionen unter der Armutsgrenze leben, bitter nötig ist, wird auch ohne Unterstützung aus der Schweiz weiter Fortschritte machen, ist Hansruedi Pfeiffer von der Südasien-Abteilung der DEZA überzeugt: «Wir hätten unsere Arbeit nicht gut gemacht, wenn unsere Zusammenarbeit die Eigenständigkeit und Armutsorientierung unserer Partner nicht positiv beeinflusst hätte.»

Trotzdem wird der Rückzug der Schweiz Spuren hinterlassen. So befürchtet zum Beispiel die Entwicklungsorganisation Basix, die in Indien über eine breite Basis verfügt und Hunderttausende Armer unterstützt, dass ihre Arbeit ohne die internationale Partnerin und Geldgeberin DEZA nicht mehr die gleichen Wachstums- und Innovationsmöglichkeiten haben wird, wie bisher.

Teil der Aussenpolitik

Allerdings bedeutet die Beendigung des Schwerpunktprogramms nicht, dass die DEZA ihre Arbeit in Indien völlig einstellt. Auch nach 2012 sollen für Entwicklungsprojekte, vor allem im Rahmen des Globalen Klimaprogramms, jährlich fünf bis zehn Millionen Franken zur Verfügung stehen.

«Indien bleibt für die Schweiz ein wichtiger Partner – künftig suchen wir vermehrt eine Zusammenarbeit auf gleicher Augenhöhe», stellt Jürg Benz in Aussicht. Dabei steht aber nicht länger das

Los der Ärmsten und ein direktes Engagement zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen im Fokus. Vielmehr gehe es darum, den Dialog und konkrete Projekte im Klimabereich zu stärken. Dies mit Blick auf Indiens Rolle in der globalen Klimapolitik, welche gerade für die ärmsten Länder und Bevölkerungsgruppen von besonderer Tragweite ist. Diese Zusammenarbeit ergänzt andere Bereiche der schweizerischen Aussenpolitik gegenüber Indien wie z.B. die Förderung des wissenschaftlichen Austauschs oder die Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen.

In Pakistan wird das Ende des bilateralen Schwerpunktprogramms mit dem sogenannten Hindu-kush-Regionalprogramm teilweise kompensiert. Allerdings steht mit einem Budget von jährlich fünf Millionen Franken gerade ein Drittel der bisherigen Mittel zur Verfügung. Geografisch wird sich dieses Engagement auf die pakistanisch-afghanischen Grenzprovinzen konzentrieren, thematisch fokussiert es auf menschliche Sicherheit und Konfliktlösung. «Die geopolitische Bedeutung dieser Region ist so gross, dass auch die Schweiz hier ihren Beitrag leisten muss», begründet Jürg Benz die Neuausrichtung der DEZA-Arbeit im Rahmen der internationalen Terrorbekämpfung in Afghanistan und Pakistan. ■

«Friede beginnt dort, wo zusammengearbeitet wird»

In diesem Teil Europas wurden und sind die Menschen schon in jungem Alter Zeugen jener Ereignisse, welche die vergangenen Jahrzehnte in Südosteuropa prägten. Sie sind Zeugen des Wandels menschlicher und staatsbürgerlicher Werte und des Ringens um die Vormacht verschiedener Weltanschauungen.

Dieselbe Bevölkerung zeigte auch, dass Menschen sogar in den schwierigsten Augenblicken solidarisch und zu gegenseitiger Hilfe fähig sind. Dass sie Wege finden, sich zu organisieren, sich Herausforderungen zu stellen und aus diesen als Sieger und mit reicher Lebenserfahrung hervorgehen.

Die Ereignisse zeigen auch, dass Menschen sich irrational verhalten können. Dass sie nicht im Takt sind mit den integrierenden, modernen, europäischen und globalen Werten. Wir können die Erfahrungen dieser Zeit nutzen, um Strukturen, Projekte und Verbindungen aufzubauen, die vor allem dazu dienen, menschliche Werte zu erlernen, Veränderungen zu akzeptieren und zu erkennen, wie notwendig die Unterstützung, Förderung und Pflege des

gegenseitigen Respekts und des Friedens in diesem Teil Europas sind. Und es gibt nichts Schöneres und Einfacheres, als eine solche Friedensbotschaft zu den jungen Generationen zu bringen. Erreichen lässt sich dies am besten durch Zusammenarbeit, insbesondere der Medien.

Eine solche Aufgabe hat im Kosovo das multiethnische Netzwerk «Human Rights Radio Network» übernommen. Das Netzwerk verbindet die meistgehörten lokalen Radiostationen aus den verschiedenen Regionen Kosovos untereinander, und bezieht alle im Kosovo lebenden ethnischen Gruppen mit ein – die albanische, serbische, türkische und diejenige der Roma. Es wurde auf eigene Initiative der Radiostationen hin geschaffen und ist ein gutes Beispiel für die Förderung des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit von albanischen, serbischen, türkischen oder den Roma zugehörigen Journalisten zu Themen und Ereignissen, welche die positivsten Dinge unserer Geschichte weitervermitteln. Dies geschieht in offenen Gesprächen, im Dialog, in täglichen gesellschaftlichen Ereignissen, in

der Förderung des Zusammenlebens, durch die Medienfreiheit. Schliesslich ist Frieden ein gesundheitsfördernder Zustand der Ruhe und Harmonie. Heute muss die Zukunft für die kommenden Generationen aufgebaut werden, denn diese sollen sich dereinst nicht mit den gleichen Problemen befassen müssen. Dies ist für uns die Motivation zum Weitermachen. Mit Hilfe der Medien müssen wir uns um den Weg des Friedens unter den Menschen im Balkan kümmern: Denn der Friede beginnt dort, wo es Zusammenarbeit und Integration gibt.

Wir wollen deshalb nicht den Frieden fordern, nicht auf den Frieden schwören. Vielmehr wollen wir mit unserer journalistischen Arbeit ständig für den Frieden sprechen und uns für ihn einsetzen. Damit an seiner tatsächlichen Existenz nicht mehr gezweifelt werden kann: Frieden ist möglich – er kann entstehen, wenn die Menschen gemeinsam und Seite an Seite mit ihren Nächsten arbeiten und leben. ■

(Aus dem Albanischen)



Ekrem Çitaku, 32, geboren in Pristina, lebt und arbeitet in der Hauptstadt Kosovos sowohl als Zahnarzt in einer Privatklinik als auch als Direktor und Chefredaktor eines Radiosenders. «Diese zwei Bereiche», sagt Ekrem Çitaku, «sind meine Leidenschaften im Leben.» Bereits während seines Medizinstudiums arbeitete er als Journalist. Im Jahr 2000 gründete er seine eigene Radiostation. Heute ist «Radio Vala Rinore» (Jugendwelle) der beliebteste Radiosender in Pristina. 2005 gründete Ekrem Çitaku das Radio-Netzwerk «Human Rights Radio Network». Bei diesem interethnischen und mehrsprachigen Medienprojekt machen neun Radiostationen aus allen Landesteilen mit. Es setzt sich zum Ziel, die Kommunikation zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen zu verbessern, sowie das gegenseitige Verständnis und Toleranz zu fördern.
www.radiovalarinore.com



Die Tataren kehren zurück



Für die Menschen im Westen ist die Krim – wenn überhaupt – als Ferienparadies bekannt. Geopolitisch allerdings spielt die Halbinsel im Schwarzen Meer für die Stabilität der ganzen Region eine bedeutende Rolle. Doch die zurückkehrenden, einst deportierten Krimtataren stellen die autonome Republik vor eine harte Probe. Von Maria Roselli.

Der russisch-georgische Krieg im August 2008 hat die Weltöffentlichkeit schockiert und einmal mehr vor Augen geführt, wie schnell ein schwelender Konflikt zu einem Blitzkrieg eskalieren kann. Die eher verhaltene Reaktion des Westens auf den Konflikt und auf die faktische Annektierung von zwei georgischen Provinzen durch Russland, ist ein schlechtes Omen für die Stabilität der gesamten Region. Experten sorgen sich vor allem auch um die Lage

auf der Krim – eine der bezauberndsten Landschaften Osteuropas und einer der potenziell gefährlichsten Konfliktherde zugleich. Die Bezeichnungen reichen denn auch vom «Kronjuwel» bis hin zum «nächsten Bosnien».

Immer wieder hart umkämpft

Das einstige Ferienparadies der sowjetischen Führungskaste am Schwarzen Meer ist heute eine autonome Republik, die offiziell zur Ukraine gehört. Doch

Russland, das die Krim 1783 vom osmanischen Reich erobert hatte, buhlt wieder verstärkt um Einfluss in der Region. Dabei geht es vor allem um die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte, die mindestens bis 2017 in Sewastopol verbleiben soll. Verlängert Kiew, wie bereits angekündigt, den Vertrag mit Moskau für den Verbleib der Flotte nicht, befürchten manche Experten den Kollaps der Krim. Wirtschaftlich ist sie ohnehin schlechter gestellt als die meisten

anderen ukrainischen Regionen. Vor diesem Hintergrund versuchen Russland und die Ukraine ihren Einfluss auf der Krim zu vergrößern und die Bevölkerungen zu instrumentalisieren. Doch dies sind nur die neusten Spannungen, welche die ohnehin schwierige Situation auf der Schwarzmeerhalbinsel zusätzlich belasten. Denn die Geschichte der Krim ist auch die Geschichte ihrer Eroberungen: Griechen, Skythen, Tataren, Türken und Russen haben die



Nick Hannes / Reporters / aif



James Hill / aif



Theodor Barth / aif

Perle am Schwarzen Meer über Jahrhunderte auf ihrem Weg von West nach Ost – oder umgekehrt – bevölkert, geprägt und um sie gekämpft.

Von Stalin deportiert

Die überwiegend russischsprachige Bevölkerung der Krim besteht heute aus rund 58 Prozent Russen, 24 Prozent Ukrainern und 12 Prozent Tataren. Der Rest ist bunt zusammengewürfelt: Aserbaidschaner, Georgier, Tschechen, Polen, Armenier, Bulgaren, Griechen und Deutsche. Insgesamt leben auf der Krim etwa zwei

Millionen Menschen.

Seit die Sowjetunion zusammengebrochen und die Ukraine 1991 unabhängig geworden ist, bringen die vielen Rückwanderer das Integrationsvermögen der Halbinsel stark an seine Grenzen. Insbesondere geht es dabei um die unter Stalin deportierten Krimtataren. Am 18. Mai 1944, wenige Tage nach dem Abzug der deutschen Besatzer von der Krim, liess der sowjetische Diktator alle 200 000 Krimtataren zusammentreiben. Aufgrund angeblicher Kollaboration mit Nazideutschland wurden sie gemeinsam mit

20 000 Griechen, 20 000 Armeniern und 17 000 Bulgaren in Viehwagens geladen und nach Zentralasien, vornehmlich nach Usbekistan deportiert. Viele überstanden die Reise in die aufgezwungene neue Heimat nicht. Doch für jene, die überlebten, war bald klar, dass sie alles daran setzen würden, in die ursprüngliche Heimat zurückzukehren. «Schon in den 1950er-Jahren formierte sich eine aktive nationale Bewegung der Krimtataren mit dem Ziel, historisch und politisch rehabilitiert zu werden und in ihre angestammte Heimat zurückzu-

kehren», erklärt Christian Disler, Programmbeauftragter der DEZA (siehe Kasten).

Rückgeführt, aber kaum unterstützt

Erst 1967 sprach die sowjetische Staatsführung die Tataren vom Vorwurf der Kollaboration mit Nazideutschland frei. Offiziell wurde ihnen die Rückkehr zwar erlaubt, doch gleichzeitig wurde diese mit bürokratischen Hindernissen bespickt. Erst 1989, dank Gorbatschows Perestroika, wurden die Deportationen der Krimbewohner verurteilt und eine organisierte Rückkehr ermöglicht. Und die krimtatarische Diaspora tat dies – nach dem jahrelangen Kampf für ihre Rechte – wie zu erwarten war, in Massen. Bereits in den ersten sechs Jahren kehrten an die 250 000 vormals deportierte Krimbewohner und ihre Familien zurück, die meisten von ihnen Tataren. Weitere 150 000 bis 250 000 leben noch im Exil. Viele planen ebenfalls, auf die Krim heimzukehren. Diese Volksgruppe wieder einzugliedern, gestaltet sich aber bis heute schwierig und gibt immer wieder Anlass zu interethnischen Spannungen. So etwa, weil die Tataren sunnitischer Abstammung sind. Früher schrieben die Krimtataren mit arabischen



Christian Diller/DEZA



Nick Hannes/Reporters/laif



Christian Diller/DEZA



UN-Programm als Beitrag zur Stabilität und Friedensförderung

Die einstigen Ländereien und Häuser der Tataren sind heute meist von Russen oder Ukrainern bewohnt. Die vormalig deportierten Krimtataren mussten sich daher nach ihrer Rückkehr in über 300 Siedlungen im unattraktiven Steppengebiet der Krim niederlassen, oft ohne jegliche Infrastruktur, insbesondere ohne Wasserversorgung. Um diese prekäre Situation zu verbessern und langfristige Lösungen zu finden, wurde 1995 das Integrations- und Entwicklungsprogramm für die Krim der Vereinten Nationen (CIDP) gestartet. Dieses will durch die Unterstützung der regionalen sozioökonomischen Entwicklung zu Frieden und Stabilität auf der Halbinsel beitragen, nicht zuletzt dank der Wiedereingliederung der Tataren. Das Programm wurde während mehrerer Jahre auch von der DEZA technisch und finanziell unterstützt, wobei sich die Schweizer Hilfe vor allem auf eine nachhaltige Verbesserung der Wasserversorgung unter aktivem Einbezug der ländlichen multiethnischen Bevölkerung konzentrierte.

Schriftzeichen. 1928 wurde dann das türkische Alphabet eingeführt. Doch zehn Jahre später mussten die Krimtataren auf Druck Stalins zur kyrillischen Schrift wechseln. Erst vor einigen Jahren entwickelten türkische und krimtatarische Studenten der Universität Istanbul eine eigene Schrift. Nach der Deportation wurden viele Spuren ihrer Kultur auf der Krim beseitigt: Denkmäler und Monumente verschwanden, Orte wurden umbenannt.

Ungelöste Fragen

Mit ihrer Rückkehr erheben die vormalig Deportierten auch politische Forderungen. Sie betrachten sich als indigenes Volk der Krim, die Russen und Ukrainer jedoch als Usurpatoren, die in

ihre Ursprungsländer zurückkehren sollten. Mit dieser Forderung befinden sie sich im Konflikt mit der russisch dominierten Führung auf der Halbinsel. Diese strebt eine weitgehende Autonomie von der Ukraine an, um ihre eigenen strategischen Interessen zu bewahren. Schon mehrmals kam es zu Ausschreitungen zwischen der slawischen Bevölkerung und der tatarischen Minderheit. Solange die sozialen und wirtschaftlichen Probleme sowie nicht zuletzt auch die drängende Bodenfrage auf der Krim ungelöst bleiben, lassen sich weitere Ausschreitungen wohl nur schwer vermeiden. ■

Film ab in der Westschweiz

(aze) Für Cinephile bietet die Westschweiz diesen Frühling gleich zwei Leckerbissen. Am 24. Internationalen Filmfestival Freiburg (FIFF) stehen rund ein Dutzend Spiel- und Dokumentarfilme, insbesondere aus Lateinamerika und Asien, auf dem Wettbewerbsprogramm. Neben der offiziellen Auswahl zeigt das FIFF mehrere Panoramen, eines davon über den zeitgenössischen russischen Film. Gewürdigt werden ausserdem das Werk von Kinji Fukasaku, Meister des japanischen Genrefilms, und dem «Cinema vérité» des Franzosen Jean Rouch.

Mitte April dann findet in Nyon das Festival Visions du Réel statt. Das «Cinéma du réel» beschäftigt sich mit Themenkreisen wie gesellschaftliche Entwicklung, wirtschaftliche Grundlagen, ausgeglichene Handelsströme zwischen Ländern und Kontinenten oder Gerechtigkeit für alle. Das Festival bietet einen anregenden Zugang zur gelebten Wirklichkeit – hier und anderswo.

Internationales Filmfestival

Freiburg, 13. bis 20. März,

www.fiff.ch;

Visions du Réel, 15. bis 21. April,

www.visionsdureel.ch

Ein Damm gegen den Ozean

Im Golf von Siam lebt anfangs der 1930er-Jahre eine Mutter (Isabelle Huppert) mit ihren beiden Kindern Joseph und Suzanne. Müde von der kolonialen Administration investiert die Frau alle ihre Ersparnisse in ein Grundstück, das regelmässig vom Meer überflutet wird und



also nicht bebaubar ist. Sie kämpft dabei gegen korrupte Bürokraten und steckt ihre gesamte Energie in ein hoffnungslos erscheinendes Projekt: Sie will mit Hilfe der Bauern des Dorfes einen Damm gegen den Ozean errichten. Als Folge dieses Engagements geniessen Joseph und Suzanne sozusagen die absolute Freiheit. Monsieur Jo, Sohn eines reichen chinesischen Händlers, verfällt dem Charme von Suzanne. Die Marguerite-Duras-Romanverfilmung des Kambodschaners Rithy Panh besticht mit ihren wunderbaren Landschaften und einer überzeugenden Isabelle Huppert in der Rolle der Mutter zur Kolonialzeit.

«Un barrage contre le Pacifique» von Rithy Panh; Khmer/Französisch, Untertitel Deutsch/Französisch; die DVD ist zusammen mit dem Buch erschienen in der Edition trigon-film, www.trigon-film.org

Das blaue Gold

(dg) Der Film «L'or bleu» widmet sich dem Wasser als lebensnotwendigem Element einerseits und dem Phänomen der Privatisierung und globalen Vermarktung andererseits. Der Film veranschaulicht dies am Beispiel von Marokko, das grosse Wasserprobleme kennt. So wird zum Beispiel die Gegend von Marrakesch im Süden des Landes jährlich von zwei Millionen Touristen besucht, die fünfmal mehr Wasser als die einheimische Bevölkerung verbrauchen. Als Folge davon wird das knapper werdende Wasser zunehmend kommerzialisiert. Marrakesch hat sich angesichts dieser Herausforderungen für die Privatisierung des Wassers entschieden. Ganz im Gegensatz zu Frankreich, wo die Wasserversorgung seit dem 19. Jahrhundert in privater Hand war und es nun Tendenzen zurück zur Verstaatlichung des



Wassers gibt. Der informative Film lebt in grossem Mass von Kontrasten, bezieht Stellung für Wasser als öffentliches Gut und kritisiert globale Privatisierungstendenzen.

«L'or bleu» Dokfilm von Damien de Pierpont, Belgien/Marokko 2007, (37') ab 14 J.; zusammen mit drei weiteren «Wasser-Filmen» auf der DVD «Wasser».

Information und Beratung: Filme für eine Welt, Tel. 031 398 20 88, www.filmmeinewelt.ch

Hypnotische Tuareg-Stimmen

(er) Heimatlose Musiker in den algerischen Flüchtlingslagern nahe der Grenze zu Mali kamen Ende der 1970er-Jahre in einem losen Kollektiv zusammen. Sie nannten die Band Tinariwen («leerer Ort» in der Tuareg-Sprache Tamashek) und kreierten einen bis heute unvergleichlichen Musikstil: Ungeschliffen, gleichmässig und repetitiv schaukeln sich da melodische Riffs von Gitarren in einen tranceartigen Groove, betont durch knochentrockene, metallisch klingende Licks von E-Rhythmus-Gitarren. Tiefe, leicht heisere Männerstimmen und klare, hie und da trillernde Frauenstimmen singen über



Service

die vergangene Rebellion, über Kampf und Aufbruch, Heimweh im Exil, über die Schönheit der Wüste und die Einsamkeit, über Frust und Hoffnung im Tuareg-Dasein. Trottende Drum-Rhythmen und vorantreibendes Händeklatschen tragen zur hypnotischen Wirkung bei. Diese bluesgeschwängerte Musik mit den engagierten Tamashek-Metaphern setzt sich in den Gehörgängen fest – gleich wie das vierte Tinariwen-Album in den Worldmusik-Charts.

Tinariwen: «Imidiwan: Companions», (Independiente/Musikvertrieb)

Betörender Musikkosmos

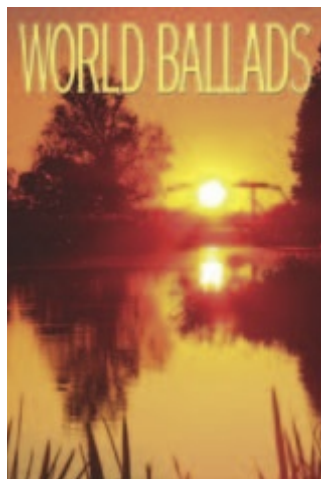
(er) Ihre Stimme ist bisweilen kehlig, dann wieder warm und sanft, vif und facettenreich, in die Tiefe tauchend und sich in die Höhe schwingend – so wie die Seeschwalbe, die der Mitternachtssonne entgegenfliegt. Dies besingt die 53-jährige Norwegerin Mari Boine in der Sprache des lappländischen Volks der Samen im Titelstück ihres neunten Albums. Und wenn im Lied «Konversation mit Gott» die südafrikanischen Stimmen des zwölköpfigen Chors Abaqondisi Brothers und der legendären Sängerin Madosini einsetzen, kommt mit dem erdigen Xhosa-Timbre noch mehr seelenvolle Glut in Boines schamanenhaft betörenden Musikkosmos. Dazu gehören auch elegische Trompetentöne, melodiose Gitarrenklänge, sacht schleppende Basslinien oder leichtfüssige Perkussionsrhythmen. Hervorragende Instrumentalisten betreiben mit Elementen aus Folk, Smooth Jazz, Trip Hop, Dub und Pop intensiv sphärische wie auch dancefloorig dichte Klangmalereien, die den magischen Sog verstärken, die Wiederhol-Taste des CD-Players zu drücken.



Mari Boine: «Cuovgga árras / Sterna Paradisea» (Emarcy Records/Universal Music)

Weltumspannender Hör-Trip

(er) Das 3-CD-Set «Emociones» zu 25 Jahre Network Medien begeisterte viele Menschen mit offenen Ohren. Sie werden fünf Jahre danach vom Labelchef und musikalischen Globetrotter Christian Scholze erneut zu einem eindrücklichen Hör-Trip eingeladen, dokumentiert von einem reich illustrierten und sehr informativen Booklet. Vorgestellt werden 23 bekannte oder noch zu entdeckende Musikanten und Ensembles durch faszinierende 29 Tracks. Die Anthologie «World Ballads» ist von abgeklärt ruhiger und besinnlicher Art. Zu hören sind u. a. die mazedonische «Gypsy Queen» Esma Redzepova, der senegalesische Sänger Youssou N'Dour, der armenische Duduk-Virtuose Djivan Gasparyan, die Sängerin Adriana Varela mit dem legendären Sexteto Mayor aus Buenos Aires



Internet

Africa Factbook

(bf) Der Ökologische Fussabdruck ist ein Buchhaltungssystem für unsere natürlichen Ressourcen, sozusagen ein «Kontoauszug» der Natur. Er hilft Unternehmen, Gemeinden, Städten oder auch Ländern, ihre Ökobilanz zu verstehen, und gibt ihnen die notwendigen Informationen für einen zukunfts-sichernden, nachhaltigen Umgang mit ihren Ressourcen an die Hand. Das Global Footprint Network wurde 2003 mit dem Ziel gegründet, eine nachhaltige Welt zu schaffen, in der allen Menschen innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten die Möglichkeit eines erfüllten Lebens offen steht. Regelmässig werden auf seiner Webseite www.footprintnetwork.org neue ökologische Fussabdrücke veröffentlicht. Der neuste ist über Afrika, der im Africa Factbook 2009 zusammengefasst ist. Einmal mehr finden sich darin viele wertvolle Hintergrundinformationen, überraschende Fakten, hilfreiche Übersichten und Vergleiche. www.footprintnetwork.org; Africa Factbook 2009

Reichtum einer multikulturellen Gesellschaft

(jls) 22 Prozent der Schweizer Bevölkerung sind Ausländer. Mit diesen Menschen aus aller Welt beschäftigt sich die Sendung «Carrefours». Sie wird von neun Lokalfernsehtationen der

Westschweiz ausgestrahlt, zeigt auf, was die Migranten unserer Gesellschaft bringen, und spürt ihrem Alltagsleben nach. Sie liefert viele praktische Informationen, die Ausländern den Zugang zu unseren Institutionen erleichtern oder ihnen helfen, das Leben in der Schweiz zu verstehen. «Carrefours» ist jeweils einem bestimmten Thema gewidmet; zur Sprache kamen seit der Lancierung im Juni 2008 etwa das Bild der Migranten in den Medien, Arbeitsrecht, Vereinsleben, Berufswahl, Spracherwerb, unabhängiges Arbeiten und Lohn-gleichheit. Produziert wird die Sendung vom Verein A la vista!, den Regisseurin Patricia Anakwe, Videofilmer Laurent Bersier und die Journalistin Violeta Ferrer gegründet haben. Alle Sendungen kann man sich auf der Website des Vereins anschauen.

www.alavistatv.net

Im Slum von Manila

(bf) Das Fotobuch «Case Study Homes» ist eigentlich ein Skizzenbuch. Es entstand 2008, als der Hamburger Fotograf Peter Bialobrzeski im Rahmen eines Projekts in Manila Stadtstrukturen fotografierte. Eine Slumsiedlung, direkt am Strand, zwischen zwei Containerterminals sollte lediglich Ort für wenige Bilder werden. Als Bialobrzeski ein halbes Jahr später die Fotos sichtete und gleichzeitig der Zusammenbruch der Lehman Brothers



Bücher und Broschüren

Bank und die Paranoia vor einer zweiten grossen Weltwirtschaftskrise die Medien beherrschte, erhielten die Bilder plötzlich eine zusätzliche Dimension. In den Unterkünften von Arbeitsmigranten, gebaut aus dem Zivilisationsmüll der Grossstadt, manifestieren sich gleichzeitig Überlebenswillen und Kreativität sowie der Wunsch der Menschen, ein eigenes Heim zu schaffen. Trotz der Armut und der Schabrigkeit der Hütten, ist es Bialobrzski gelungen, diese immer würdevoll zu fotografieren.

«Case Study Homes» von Peter Bialobrzski, Hatje Cantz Verlag 2009

Traumschlösser rund ums Öl

(bf) Das Geschäft mit Öl, dem schwarzen Gold, ist eines der lukrativsten auf der Welt. Die neue Pipeline vom Kaspischen Meer zum Mittelmeer verspricht der westlichen Welt einen ungehinderten Zugang zum Öl jenseits des Kaukasus. Doch für die unmittlerbaren Anwohner der 1700 Kilometer langen Röhre ist sie



vor allem ein unheimliches Ding, das nur wenigen viel Geld und den meisten Unglück bringt. Die 1977 im aserbaid-schanischen Baku geborene Fotografin Rena Effendi bereiste während sechs Jahren die Länder entlang der Pipeline und fotografierte die Menschen und ihre Lebensumstände. Die kargen, spröden und gnadenlos direkten Schwarz-Weiss-Fotos widerspiegeln die Kluft zwischen dem Dasein dieser Menschen und der Welt derer, die das Öl erhalten werden oder es vermarkten. «Pipe Dreams – Eine Chronik des Lebens entlang der Pipeline» ist ein mutiges und ehrliches Erstlingswerk von Rena Effendi, welches von den Menschen erzählt, die ihre Höfe und ihre Lebensgrundlage an das Milliarden-Projekt verloren haben. «Pipe Dreams – Eine Chronik des Lebens entlang der Pipeline» von Rena Effendi; Benteli Verlag 2009

Roma-Dekade

(bf) 2005 verpflichteten sich die Regierungen von Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, Ungarn, Mazedonien, Rumänien, Serbien und der Slowakei in der gemeinsam unterzeichneten Erklärung «Roma Dekade, 2005-2015», ihre Bemühungen zur Beseitigung der Diskriminierung der grössten ethnischen Minderheit Europas, der Roma, zu verstärken. Nun entstand mit «Roma Realities» – produziert von der



DEZA in Zusammenarbeit mit der Weltbank – nicht nur eine Zwischenbilanz sondern ein ebenso eigenwilliger wie attraktiver Fotoband zur Situation der Roma in Südosteuropa. Darin werden sowohl positive Ansätze als auch ungelöste Herausforderungen bei der Roma-Integration thematisiert. Das Buch stellt die Bilder des Schweizer Fotografen Yves Leresche in Dialog mit Meinungen von Roma-Experten und -Stimmen aus der Bevölkerung. Das Buch leistet einen Diskussionsbeitrag zur Roma-Dekade und richtet sich an alle Leute und Institutionen, die sich für die Verbesserung der Situation der Roma engagieren – insbesondere an politische Entscheidungsträger, Medienschaffende, Roma-Aktivistinnen und andere Multiplikatoren in den Dekade-Ländern.

«Roma Realities» kann für 20 CHF bestellt werden mit Mail an

info@deza.admin.ch

Eine limitierte Zahl von Büchern enthält auch eine DVD mit den Slideshows «Focus on Education» und «General Situation», die zur Animation von Seminaren und Workshops geeignet sind.

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen:

Vortragsservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern;

Tel. 031 322 31 53

oder 031 322 35 80;

Fax 031 324 90 47/48;

E-Mail: info@eda.admin.ch

Verschiedenes

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Marc-André Bünzli,
Beat Felber, Thomas Jenatsch, Roland Leffler,
Sabina Mächler

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung

Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck

Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente und Adressänderungen

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 52 000

Umschlag Wasser holen im Kroo Bay Slum, Freetown, Sierra Leone;
Aubrey Wade, Panos/Strates

ISSN 1661-1667



Chris Stowers/Panos/Strates

In der nächsten Nummer:

**Wo kann die Schweiz gegenüber anderen Ländern in der Entwicklungszusammenarbeit einen Mehrwert bieten und wie äussert sich dieser?
Ein Dossier über «Swissness» mit kontroversen Stimmen aus der Schweiz sowie aus dem Süden und Osten.**